

# UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

204 · Oktober 2007

*Monatliche Publikation,  
herausgegeben von der  
Rosa-Luxemburg-Stiftung*

## ***aus dem Inhalt***

|  |     |
|--|-----|
| VorSatz  | 901 |
| <b>Defizite des Marxismus</b>  |     |
| HELMUT SEIDEL<br>Vom praktischen und theoretischen Verhältnis der Menschen<br>zur Wirklichkeit. Zur Neuherausgabe des Kapitels I<br>des I. Bandes der Deutschen Ideologie<br>von K. Marx und F. Engels | 908 |
| <b>DDR-Streit ohne Ende</b>  |     |
| ELKE SCHERSTJANOI<br>Erinnerung an die DDR   | 924 |
| JOHANNES SCHILLO<br>Humba Humba DäDeRä<br>Die politische Bildung bewältigt das<br>Unrechtsregime mit drei Buchstaben   | 942 |

# VorSatz

*Potsdam am 1. September. Die brandenburgische Landeshauptstadt feiert 100 Jahre elektrische Straßenbahn. Hunderte begeistern sich an dem feierlich zurechtgemachten historischen Triebwagen der Gründerzeit. Die freundlich grüßenden Honoratioren, die auf dem Perron Aufstellung genommen haben – der Oberbürgermeister, der Chef der Stadtwerke und der Chef der Verkehrsbetriebe – sind alle aus dem Westen. Längst haben sich alle dran gewöhnt, und es sind angenehme, verständnisvolle Leute, denen jeder abnimmt, dass sie ihr Herz und Engagement an diese Stadt gehängt haben. Aber man wird am »Tag der deutschen Einheit« doch mal fragen dürfen, ob der umgekehrte Vorgang in, sagen wir mal, Hannover denkbar wäre (von München oder Stuttgart ganz zu schweigen)? Also: drei Osis als Chefs und auf dem geschmückten Perron?*

*Unvorstellbar. Genauso unvorstellbar wie, dass der Bundespräsident und andere offizielle Festredner zum 3. Oktober etwa die folgenden Sätze formulieren: Die Teilung Deutschlands war eine Folge des Krieges, den Deutschland über die Welt gebracht hat. In ihren Entscheidungen bestimmt durch die jeweiligen Besatzungsmächte und den Kalten Krieg, in dem sich diese schon bald befanden, haben Deutsche in Ost und West vierzig Jahre lang auf unterschiedliche Weise versucht, die Lehren aus der Geschichte zu ziehen und Staatswesen zu errichten, in denen eine Wiederholung des Grauens der Jahre 1933 bis 1945 ausgeschlossen sein würde. Dabei haben sie trotz ihrer Unterschiedlichkeit in so vielfacher Beziehung zueinander gestanden, dass die Geschichte der einen von der der anderen nicht zu trennen ist. 1989 ist der östliche der beiden Versuche, dessen Untauglichkeit, den Interessen der Bevölkerung zu entsprechen, sich immer stärker abgezeichnet hatte, in sich zusammengefallen; eine beispiellose Volksbewegung wurde zum Ausgangspunkt der Überwindung der Teilung. Nun, in der Einheit, besteht die große Chance, die Erfahrungen der einen wie der anderen fruchtbar zusammenzuführen für das Neue, das Künftige. Denn Willy Brandt hatte ja Recht: Es kann und soll nun zusammenwachsen, was zusammengehört.*

*Wer nun meint, derlei Vorschläge könnten nur dem Hirn eines unbelehrbaren DDR-Nostalgikers entsprungen sein, der sei an einige Sätze erinnert, die Bundeskanzler Helmut Kohl vor fast genau 20 Jahren, am 7. September 1987, gelegentlich eines Empfangs für den Staats- und Parteichef der DDR, Erich Honecker, bei dessen Staatsbesuch in Bonn – ja, in Bonn! – formuliert hat. »Die Erfah-*

*rung lehrt«, hatte Kohl da zum Beispiel gesagt, »dass die gegensätzlichen Positionen in Grundsatzfragen die praktische Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten in Deutschland nicht behindern müssen. So ist in den vergangenen Jahren vieles gut geregelt worden, manches wird verhandelt, anderes lässt noch auf sich warten. Doch die Tendenz ist insgesamt positiv, und soweit es an der Bundesrepublik Deutschland liegt, soll es dabei bleiben.« Und auch die folgenden Einsichten waren zu vernehmen: »Zu Werken des Friedens sind wir um so mehr verpflichtet, als in diesem Jahrhundert von deutschem Boden entsetzliches Unheil und Leid ausgegangen ist. Auch daher ist es Aufgabe beider Staaten in Deutschland, durch den Ausbau ihrer Zusammenarbeit zur Verbesserung des politischen Klimas und zur Vertrauensbildung in den West-Ost-Beziehungen beizutragen. Dass unsere Regierungen Rüstungskontrolle und Abrüstung im Rahmen der übergreifenden Ost-West-Verhandlungen jeweils zu fördern haben, scheint mir selbstverständlich. Friedenssicherung und Gewaltverzicht sind zwingende Erfordernisse der Vernunft und der Moral. Dabei wissen wir sehr wohl, dass die Hauptverantwortung für einen ertragreichen Ost-West-Dialog auf diesem Gebiet bei den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion liegt.«*

*In Zusammenarbeit gut Geregelter, gemeinsame Verantwortung, gemeinsames Eingebettetsein in den Systemkonflikt – wieso gilt heute nur als hoffähig, wer das alles mindestens ignoriert, besser noch vergisst, am allerbesten leugnet? Wieso wird der Blick des Meinungshauptstroms auf die DDR mit den Jahren nicht gelassener, sondern immer aufgeregter?*

*Zum einen wohl, weil auch 17 Jahre nach dem Anschluss der DDR an die Bundesrepublik die wirtschaftliche Kluft zwischen Ost und West nicht kleiner geworden ist, sondern im Gegenteil immer tiefer aufreißt.*

WOLFRAM ADOLPHI

HELMUT SEIDEL

## Vom praktischen und theoretischen Verhältnis der Menschen zur Wirklichkeit

Zur Neuherausgabe des Kapitels I des I. Bandes der Deutschen Ideologie von K. Marx und F. Engels

I

Wir stehen in Deutschland am Beginn einer großen geistigen Auseinandersetzung um den »Weg zum künftigen Vaterland der Deutschen«<sup>1</sup>. Wir wollen, daß von deutschem Boden, aus dem unvergängliche Schätze der Menschheitskultur erwachsen, nie mehr ein Krieg ausgeht. Wir versuchen, entgegen den aggressiven Bestrebungen des westdeutschen Imperialismus, die sich besonders im Anspruch der Bundesrepublik auf das Alleinvertretungsrecht und in der Nichtanerkennung der bestehenden Grenzen ausdrücken, eine friedliche Lösung der deutschen Frage anzustreben. Wir nehmen deshalb die von Karl Jaspers erhobene Forderung auf, daß die »geistige Leistung«<sup>2</sup> entscheiden soll, in welcher Richtung die grundlegenden Lebensfragen der deutschen Nation gelöst werden; dabei betrachten wir freilich das geistige Ringen als eine notwendige, aber noch nicht hinreichende Bedingung für die gekennzeichnete friedliche Lösung.

Das geistige Ringen, das hinsichtlich der Apologie der Politik und Ideologie des deutschen Imperialismus mit aller Schärfe, hinsichtlich der bürgerlichen Kritik dieser Politik sachlich, überzeugend und von hohem politischem und moralischem Verantwortungsbewußtsein durchdrungen auszutragen ist, erfordert erneute, vertiefte Besinnung auf unsere geistigen Waffen. Es wäre verhängnisvoll, aus der nicht zu bestreitenden Tatsache, daß die gesamte bürgerliche Ideologie den erprobten und siegreichen Ideen des Marxismus-Leninismus nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen hat, Zufriedenheit ableiten zu wollen. Wir wissen um die Stärke unserer Ideen, verschließen aber nicht die Augen vor Mängeln in unserer theoretischen Arbeit. Wenn im weiteren einige Schwächen unserer theoretischen Arbeit skizziert werden, so hat dies selbstverständlich nichts mit einer Ignorierung der geschichtlichen Leistung zu tun, welche die marxistische Theorie – und erst recht die marxistische Praxis – in Deutschland aufzuweisen hat, sondern dient nur dem Zweck, unsere Waffen zu schärfen. Unter diesem Gesichtspunkt erscheint die Neuveröffentlichung des Kapitels I des I. Bandes der »Deutschen Ideologie« nicht nur als ein hervorragendes Ereignis der Marx-Forschung, sondern als unmittelbare Hilfe für die Lösung der vor uns stehenden theoretischen Aufgaben.

II

Bei einer kritischen Analyse unserer theoretisch-philosophischen Arbeit treten m. E. folgende Mängel in den Vordergrund:

Helmut Seidel – 1929-2007, Philosoph, arbeitete vor allem auf dem Gebiet der Geschichte der Philosophie. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Reflexionen über den Utopie-Begriff, Heft 58 (August 1995). Der hier nachgedruckte Artikel ist zuerst erschienen in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Heft 10/1966, S. 1177-1191. VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin (DDR). Er löste in der DDR heftige Diskussionen aus, die sich an Seidels Bestimmung der Praxis als Zentralkategorie des Marxismus entzündete, die im Kern aber gegen einen kreativen Umgang mit der marxistischen Theoriegeschichte gerichtet war. Das Ergebnis war ein mehrjähriges Lehr- und Publikationsverbot gegen Helmut Seidel.

1. Bei der Begründung und Durchführung der Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands sind neue, bedeutende Einsichten in die gesellschaftlichen Prozesse gewonnen worden, die den historischen Materialismus konkretisieren und bereichern. Jedoch haben die marxistischen Philosophen diesen Gedankenreichtum ungenügend in das theoretische Gesamtsystem des Marxismus einbezogen. Neue Erkenntnisse, neue Erfahrungen werden aber für die Theorie erst dann relevant, wenn sie auf das System, auf die Form bezogen werden, in der Wissenschaft allein möglich ist. Fehlt die lebendige Wechselwirkung zwischen System und neuer Erkenntnis, dann entsteht die Gefahr, daß die neuen Erfahrungen theoretisch in der Luft hängen bleiben, das System aber zu einem leblosen Schema herabsinkt, das nicht mehr die Funktion der Theorie, Anleitung zum Handeln zu sein, erfüllen kann. Der schon oft kritisierte Rückstand der theoretischen Arbeit auf dem Gebiet, das gemeinhin dem historischen Materialismus zugeordnet wird, ist nicht mehr zu übersehen. Den Grund für dieses Zurückbleiben sehe ich allerdings nicht nur in einer noch ungenügenden Verbindung zwischen theoretischer Arbeit und praktischer Politik, sondern auch in einer gewissen Unsicherheit hinsichtlich des Gesamtsystems der marxistischen Philosophie.

2. Diese Unsicherheit zeigt sich auch dort, wo bei speziellen Untersuchungen von Teilbereichen (insbesondere bei der Behandlung philosophischer Fragen der Einzelwissenschaften) der Bezug zum Ganzen des Systems verlorengeht. Abgesehen davon, daß eine spezielle philosophische Frage aufhört, speziell philosophisch zu sein, wenn sie nicht auf dieses Ganze bezogen wird, besteht hierbei die Gefahr, daß die Philosophie in überhaupt nicht oder nur lose miteinander verbundene Teile zerlegt wird. Bei dieser anatomischen Sektion versickert allerdings der lebendige marxistische Geist im positivistischen Sand.

3. Die Unsicherheit in bezug auf das philosophische System des Marxismus erklärt sich m. E. daraus, daß die Unhaltbarkeit des in den bisherigen Philosophie-Lehrbüchern dargestellten Systems mehr und mehr empfunden wird. Gewisse Modifizierungen haben keinen wirklichen Wandel geschaffen. Der Ausweg in die Einzelwissenschaft oder in eine theorielose Aktualisierung ist natürlich keine Lösung. Es entwickelt sich deshalb unter den marxistischen Philosophen eine Diskussion<sup>3</sup>, in der eine kritische Analyse der bisherigen Darstellungen gefordert wird und Vorschläge für neue systematische Darstellungen der marxistischen Philosophie unterbreitet werden. Ich begrüße diese Diskussion, da sie helfen wird, die marxistische Philosophie auf die Höhe unserer Zeit zu bringen.

### III

Die Hauptmängel der bisherigen systematischen Darstellungen sehe ich in folgenden Punkten:

1. Das praktisch-tätige Verhalten der Menschen zu ihrer natürlichen und gesellschaftlichen Umwelt wird ungenügend reflektiert, das theoretische Verhältnis zur Wirklichkeit dagegen überbetont. Der Hauptakzent in den bisherigen Darstellungen liegt auf der Erklärung dessen, was ist, nicht aber auf einer theoretischen Begründung der praktischen Veränderung, nicht auf der Anleitung zum Handeln. Der

1 Vgl.: W. Ulbricht: Der Weg zum künftigen Vaterland der Deutschen. Berlin 1966.

2 K. Jaspers: Wohin treibt die Bundesrepublik? München 1966.

3 Die Diskussion wurde in der DZfPh, Heft 7/1964, durch einen Beitrag von A. Kosing, »Gegenstand, Struktur und Darstellung der marxistischen Philosophie«, eröffnet. Es sei auch auf folgende Artikel in der DZfPh verwiesen: Philosophie und Leben (Thesen). Heft 8/1964; G. Dormin: Über Gegenstandsbestimmung und Aufgaben der marxistischen Philosophie. Heft 2/1965; A. Kosing: Über die Funktionen der marxistischen Philosophie. Heft 3/1965.

Philosophie, der es auf die Veränderung der Welt ankommt, kann es nicht genügen, die durchgängige Gesetzmäßigkeit der Welt, deren Erkenntnis historisch bedingt, relativ ist, aufzuzeigen; sie hat den Sinn des menschlichen Handelns zu begründen. Dieser aber kommt weder aus der Transzendenz, noch kann er in logischen, mathematischen oder Naturgesetzen gefunden werden. Er ist nur in den materiellen und geistigen Schöpfungen der menschlichen Kultur zu finden, wenn er ständig neu gesetzt wird. Es ist in der Tat »der Weisheit letzter Schluß«: »Nur der verdient sich Freiheit wie das Leben, der täglich sie erobern muß.«<sup>4</sup>

4 J.W. Goethe: Faust. II. Teil. In: Goethes Werke in Auswahl. Bd. 6. Berlin 1949. S. 583.

2. Ein Ausdruck der Überbetonung des theoretischen Verhältnisses der Menschen zur Wirklichkeit ist die Ableitung des historischen Materialismus aus dem dialektischen, wie sie in der Formel von der Ausdehnung des dialektischen Materialismus auf die menschliche Gesellschaft und ihre Geschichte zum Ausdruck kommt. Die Formel von der Ausdehnung des Materialismus auf die Gesellschaft hat m. E. nur in bezug auf die Geschichte des Materialismus einen Sinn. Wird sie dagegen einem marxistischen System zugrunde gelegt, so wird sie sinnlos. Als Formel dokumentiert sie dann nicht mehr die Einheit von historischem und dialektischem Materialismus, sondern – entgegen dem Willen derer, die sie gebrauchen – deren Trennung. Denn der dialektische Materialismus, der vor seiner Ausdehnung auf die menschliche Gesellschaft dargestellt wird, muß sich konsequenterweise auf die Natur beschränken. Der dadurch bedingte Eindruck eines naturphilosophischen Charakters des dialektischen Materialismus wird noch dadurch verstärkt, daß die Gegenstände hier fast ausschließlich unter der Form des Objekts, kontemplativ, gefaßt werden. Die Praxis, die Voraussetzung jeder Erkenntnis, also auch der Erkenntnis der allgemeinen Naturgesetze, bleibt – da sie ja erst im historischen Materialismus zur Verhandlung steht – außerhalb der Betrachtung. Die damit gegebene Ontologisierung führt den Materialismus auf ein vormarxistisches Niveau zurück. War es doch gerade dessen Schwäche, daß er den Gegenstand »nur unter der Form des *Objekts* oder der *Anschauung*«, nur vom theoretischen Verhältnis her, faßte, »nicht aber als *sinnlich menschliche Tätigkeit, Praxis*, nicht subjektiv.«<sup>5</sup>

5 K. Marx: Thesen über Feuerbach. In: K. Marx/ F. Engels: Werke. Bd. 3. Berlin 1959. S. 5.

3. Offensichtlich wird der Mangel der bisherigen Darstellungen des philosophischen Systems des Marxismus auch dann, wenn die Stellung der Erkenntnistheorie in ihm betrachtet wird. Die Erkenntnistheorie wird gemeinhin dem dialektischen Materialismus zugeordnet. Es ist nicht verständlich, warum eigentlich; denn das Erkennen ist zweifellos eine menschliche, gesellschaftliche Tätigkeit. Die Erkenntnistheorie als Teil des dialektischen Materialismus auf die Gesellschaft »ausdehnen« zu wollen entbehrt natürlich jeden Sinnes. Doch dies nur nebenbei. Die Stellung, welche die Erkenntnistheorie in den bisherigen systematischen Darstellungen einnimmt, zeigt die ganze Verlegenheit. Als Ausgangspunkt, Grundlage und Kriterium der Erkenntnis wird mit vollem Recht die Praxis angegeben. Es bleibt jedoch bei der Deklaration, weil die gesellschaftliche Praxis erst im historischen Materialismus Gegenstand der Analyse wird. Die historisch-materialistische Analyse der Praxis berücksichtigt aber kaum deren erkenntnistheoretische Relevanz. So geht der le-

bendige Zusammenhang zwischen historischem Materialismus und Erkenntnistheorie verloren.

4. Die Trennung von historischem und dialektischem Materialismus und die Übernahme der Betrachtungsweise des dialektischen durch den historischen Materialismus wirkt sich m. E. auch negativ auf die Darstellung des historischen Materialismus aus. Das zeigt sich in einer einseitig objektiven Betrachtungsweise, die die Subjektivität kaum reflektiert. So werden etwa die Produktivkräfte völlig ungenügend als Wesenskräfte des Menschen dargestellt. Ihre gedankenlose Zerlegung in sachliche (Technik) und menschliche Momente vergißt, daß die sachlichen Momente selber vermenschlichten Charakter tragen. Oder es wird vom »Menschen in der technischen Revolution« gesprochen. Der Mensch aber – und kein anderes Wesen – macht diese Revolution. Sie ist Ausdruck der gewaltigen Entfaltung seiner Wesenskräfte. Dabei ist unter Mensch der gesellschaftliche Mensch oder die menschliche Gesellschaft zu verstehen. Was aber das menschliche Individuum in der technischen Revolution betrifft, so kann dessen aktive bzw. passive Rolle nur aus den jeweils gegebenen Produktionsverhältnissen, die auch das Verhältnis von Individuum und Gemeinschaft determinieren, erklärt werden.<sup>6</sup>

Daß die gekennzeichneten Mängel in der systematischen Darstellung unserer Philosophie die Effektivität unserer theoretischen, propagandistischen und erzieherischen Arbeit beeinträchtigen, steht außer jedem Zweifel. Der vom II. Plenum des ZK der SED – das gerade die Diskrepanz zwischen theoretischen Kenntnissen einerseits und Praktischwerden der weltanschaulichen Überzeugung andererseits konstatierte – erhobenen Forderung, die Effektivität der philosophischen Arbeit zu erhöhen, können wir nur gerecht werden, wenn wir u. a. die genannten Mängel überwinden.

Dabei vermag uns die »Deutsche Ideologie« von Karl Marx und Friedrich Engels (einschließlich der »Thesen über Feuerbach«) eine wesentliche Hilfe zu leisten, weil in diesem ersten Werk des reifen Marxismus Ausgangs- und Zentralpunkt der marxistischen Philosophie umfassend begründet wurden. Daß der Ausgangspunkt für das System selber entscheidende Bedeutung besitzt, ist bekannt. Wollen wir den entfalteten Reichtum der marxistisch-leninistischen Philosophie darstellen, so haben wir von jenem »Keim« auszugehen, den Marx und Engels in der Arbeit, in der Produktion des materiellen Lebens der menschlichen Gesellschaft, sahen. »Da, wo die Spekulation aufhört, beim wirklichen Leben, beginnt also die wirkliche, positive Wissenschaft, die Darstellung der praktischen Betätigung, des praktischen Entwicklungsprozesses der Menschen.«<sup>7</sup> Mit der Darstellung des wirklichen Lebensprozesses der menschlichen Gesellschaft verlor die alte, selbständige Philosophie ihr »Existenzmedium«, begann die marxistische Philosophie.

#### IV

Mindestens seit Descartes' »cogito ergo sum« hat die Frage nach dem Ausgangspunkt eines philosophischen Systems die Denker bewegt. Spinoza legte seinem philosophischen System die Substanz zugrunde, die er mit Gott und der Natur identifizierte. Aus seinem Substanz-Begriff deduzierte er – *ordo geometrico* – die Mannigfal-

6 Siehe dazu das Sonderheft 1964 der DZfPh, »Der Mensch und die objektiven Gesetzmäßigkeiten in der sozialistischen Gesellschaft«, sowie: W. Eichhorn I: »Das Problem des Menschen im historischen Materialismus«, in: DZfPh. Heft 7/1966.

7 K. Marx/F. Engels: Die deutsche Ideologie. Siehe: vorliegendes Heft, S. 1207; vgl. auch: K. Marx/F. Engels: Werke. Bd. 3. S. 27. Anmerkung: Im gleichen Heft der DZfPh war eine Rekonstruktion des 1. Kapitels der »Deutschen Ideologie« veröffentlicht worden, die sich am ursprünglichen Plan von Karl Marx orientierte. In diesem Nachdruck wurden die Verweise Seidels auf diesen Text beibehalten, wie insgesamt die Schreib- und Zitierweise des Originals übernommen wurde. Die Redaktion.

8 F. Engels, K. Marx: Die heilige Familie oder Kritik der kritischen Kritik. Gegen Bruno Bauer und Konsorten. In: K. Marx/F. Engels: Werke. Bd. 2. Berlin 1958. S. 147.

9 Ebenda.

10 K. Marx, F. Engels: Die deutsche Ideologie. Siehe: vorliegendes Heft, S. 1202; vgl. auch: K. Marx, F. Engels: Werke. Bd. 3. S. 20.

11 Siehe dazu die abschließende Stellungnahme der Redaktion der DZfPh zur Diskussion des Verhältnisses von Theorie und Praxis in Heft 1/1964. Vgl. auch: H. Opitz: Die Praxis als zentrale Kategorie der materialistischen Gesellschaftstheorie, in: DZfPh. Heft 4/1966.

tigkeit der Welt. Es ist nicht zu übersehen, daß manche Darstellungen der marxistischen Philosophie (besonders von Plechanow ausgehend) spinozistisch beeinflusst sind, wenn auch die Ableitungen nicht *ordo geometrico*, sondern genetisch erfolgen. Eine umfassende Würdigung des Verhältnisses von Spinozismus und Marxismus, eine kritische Analyse des Einflusses Spinozas auf die Geschichte der marxistischen Philosophie steht noch aus. Fest steht allerdings, daß Marx die spinozistische Substanz, die »metaphysisch travestierte *Natur* in der *Trennung* vom Menschen«<sup>8</sup>, als Ausgangspunkt der Philosophie abgelehnt hat.

Die Spinoza direkt und bewußt entgegengesetzte Position nahm Fichte ein, der mit der spinozistischen Fassung des Freiheitsbegriffes unzufrieden war, weil sie die Aktivität des Subjekts auszuschließen schien. Er nimmt die Aktivität des Selbstbewußtseins, die Tathandlung des Ich zum Ausgangspunkt, von dem aus nun wiederum der ganze Inhalt der Welt abgeleitet werden soll, und zwar genetisch. Marx lehnt auch diesen Ausgangspunkt ab, weil Fichtes Ich nichts anderes sei als der »metaphysisch travestierte *Geist* in der *Trennung* von der *Natur*«<sup>9</sup>. Bedingt durch ihren Ausgangspunkt, dessen Wahl selbstverständlich sozialhistorisch determiniert ist, verfallen Spinoza und Fichte in die gleiche Einseitigkeit – nur mit umgekehrten Vorzeichen. Beide vermögen nicht, die reale Vermittlung zwischen Natur und Mensch, zwischen Naturgesetzlichkeit und menschlicher Freiheit zu erkennen.

Hegel versuchte die Vermittlung in der Tätigkeit des Geistes zu finden. Da er aber den Geist als das Absolute, die Totalität nicht als historisch-konkrete, sondern als metaphysische faßte – ebenso wie Spinoza seine Substanz und Fichte sein Ich –, vermochte er das Problem nicht zu lösen.

Marx vollendete die besonders durch Kant geförderte Kritik der Metaphysik. Die Erkenntnis eines Absoluten, die Umfassung eines Nichtzuumfassenden, wurde als Pseudoproblem nicht nur verworfen, sondern zu einer falschen Fragestellung erklärt, die aus den realen gesellschaftlichen Verhältnissen erwachsen sei. Marx' Ziel war nicht mehr ein absolutes System, sondern die Erkenntnis des realen geschichtlichen Lebensprozesses der Menschen, aus dem allein sich eine Begründung für ihr Handeln ableiten läßt. Die Voraussetzungen, mit denen Marx und Engels beginnen, sind empirisch konstatierbar. Es sind die gesellschaftlichen, historisch gewordenen Individuen, »ihre Aktion und ihre materiellen Lebensbedingungen, sowohl die vorgefundenen wie die durch ihre eigne Aktion erzeugten«<sup>10</sup>. Weder Substanz noch Selbstbewußtsein ist der Ausgangspunkt für Marx, sondern die sinnlich-gegenständliche Tätigkeit der Menschen, die Arbeit, die gesellschaftliche Praxis. Die Kategorie Praxis steht nicht nur im Mittelpunkt des historischen Materialismus, wie meist interpretiert wird; eben weil sie dort steht, ist sie die Zentralkategorie der marxistischen Philosophie überhaupt.<sup>11</sup>

V

»Die Arbeit«, bestimmt Marx, »ist zunächst ein Prozeß zwischen Mensch und Natur, ein Prozeß, worin der Mensch seinen Stoffwechsel mit der Natur durch seine eigne Tat vermittelt, regelt und kon-

trolliert.«<sup>12</sup> Das materielle Einwirken des gegenständlichen Menschen auf die Naturgegenstände wird allerdings erst dann zur Arbeit, wenn der Mensch in diesem Prozeß gleichzeitig seine aus Bedürfnissen<sup>13</sup> entspringenden Zwecke<sup>14</sup> setzt und zu verwirklichen trachtet. Was die menschliche Arbeit von der instinktiv-produktiven Tätigkeit des Tieres unterscheidet, ist der Umstand, daß dem materiellen Arbeitsprodukt das ideelle vorausgeht.

Wir lassen zunächst die geistig-praktische Aneignung der Wirklichkeit, wie sie sich etwa in der zwecksetzenden ideellen Tätigkeit (Wille) realisiert, außer acht und betrachten das Verhältnis von praktischer und theoretischer Aneignung.

Daß im Arbeitsprozeß praktische (sinnlich-gegenständliche) und theoretische Tätigkeit eine Einheit bilden – ebenso wie materielle und ideelle Tätigkeit –, ist nicht zu bestreiten. Diese These wird allerdings erst dann zu einer wissenschaftlichen, den Idealismus überwindenden Erkenntnis, wenn die Praxis als die Ursache und die Grundlage des theoretischen Verhältnisses, als das sie letzthin bestimmende Moment gefunden ist. Dies aber kann nur durch eine gründliche Analyse des Subjekt-Objekt-Verhältnisses geschehen.<sup>15</sup> Praktisch verhält sich der Mensch den Gegenständen gegenüber dann, wenn er sie seinen Bedürfnissen, Zwecken, Vorstellungen und Ideen gemäß umgestaltet. In seinem auf die Befriedigung seiner Bedürfnisse gerichteten Tun macht er die Erfahrung, daß seine Einwirkung auf die Natur nur in einer durch die Beschaffenheit des Naturstoffes selbst bedingten Weise möglich ist und daß seine zielgerichtete Tätigkeit nur dann zum Erfolg führt, wenn die Eigengesetzlichkeit des Gegenstandes selber berücksichtigt wird. Eben dies bildet den Kern des theoretischen Verhältnisses zu den Gegenständen. So entspringt also aus dem praktischen Verhältnis mit Notwendigkeit sein Gegenteil, das theoretische. Wenn im praktischen Verhältnis die Vorstellungen für die Bildung des Gegenstandes bestimmend waren, so sind es im theoretischen die Gegenstände, welche die Vorstellungen und Begriffe bestimmen. Wenn in der materiellen Produktion die Gegenstände den menschlichen Zwecken entsprechend geformt werden, so ist die theoretische Tätigkeit vor allem auf möglichst adäquate Reproduktionen des Gegenstandes im Bewußtsein gerichtet.

Das praktische Verhalten der Menschen zur objektiven Wirklichkeit findet in der Geschichte der Industrie, in der Geschichte der materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft, seinen Ausdruck, das theoretische in der Geschichte der Wissenschaften. Dabei versteht es sich von selbst, daß die geistige Produktion von Wissen über die Naturgegenstände in ihrem Ursprung unmittelbar mit der materiellen Produktion verflochten war, daß erst durch die Entwicklung des Arbeitsprozesses selber, vor allem durch die Arbeitsteilung (Trennung von körperlicher und geistiger Arbeit), Industrie und Wissenschaft möglich wurden. Marx' Analyse des Arbeitsprozesses zeichnet eine solche Einheit von praktischer und theoretischer Tätigkeit, von Industrie und Wissenschaft, in der beide einander in ihrem Entwicklungsgang bedingen, in der aber letzthin die Praxis als das übergreifende Moment erscheint, das ihre notwendige Bedingung selber erst hervorgebracht hat.

12 K. Marx: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band, in: K. Marx, F. Engels: Werke. Bd. 23. Berlin 1962. S. 192.

13 Das menschliche Bedürfnis geht ohne Zweifel der menschlichen Produktion voraus. Es kann aber nicht – wenn nicht in eine naturalistische Anthropologie abgeglitten werden soll – zum Ausgangspunkt gemacht werden, weil seine Modifikation, d. h. sein Menschlichwerden, nicht durch sich selbst, sondern durch die Produktion bedingt ist.

14 Da die Zwecksetzung aus dem Bedürfnis abzuleiten ist, trifft für sie dasselbe zu. Vgl. dazu die Abschnitte V-VII des vorliegenden Artikels.

15 Siehe dazu: H. Scheler: Der objektive Charakter der gesellschaftlichen Gesetze im Lichte der Subjekt-Objekt-Dialektik, in: Sonderheft 1964 der DZfPh; H. Klotsch: Zum Problem der Objekt-Subjekt-Dialektik, in: DZfPh. Heft 10/1965.

Marx enthüllt aber nicht nur den Zusammenhang von praktischer und theoretischer Tätigkeit, von Industrie und Wissenschaft im Produktionsprozeß des materiellen Lebens der Gesellschaft, sondern begründet auch gerade durch die Erhellung dieses Zusammenhanges die Einheit der Naturwissenschaft und der Wissenschaft vom Menschen. Aus dem Ausgangspunkt des marxistischen Denkens folgt nämlich, daß man von der Arbeit aus sowohl in das Wesen des Menschen als auch in das Wesen der Natur eindringen kann; vollzieht sich doch in ihr das Werden der Natur für den Menschen wie auch der Selbsterzeugungsakt des Menschen. Der Mensch kann seine Wesenskräfte, einschließlich seines Erkenntnisvermögens, gar nicht entfalten, ohne sich die Natur zum Gegenstand zu machen; und er kann sich die Natur nicht zum praktischen, theoretischen oder ästhetischen Gegenstand machen, ohne seine subjektiven Wesenskräfte zu entfalten.

Daß die Natur außerhalb des Menschen vorausgesetzt sein muß, wenn sie zum praktischen Gegenstand des Menschen werden soll, versteht sich von selbst. Wie aber der Mensch ohne Natur ein gegenstandsloses Wesen, ein »Unwesen«, ist, so ist auch die Natur für den Menschen in der Trennung von ihm eine bloße Abstraktion. Der Mensch weiß von der Natur, die außerhalb und unabhängig von ihm existiert, nur das, was ihm praktischer und theoretischer Gegenstand geworden ist. Das Atom existiert an sich natürlich längst, ehe es Gegenstand des philosophischen Denkens, der Chemie, der Physik und schließlich der Industrie wurde. Für den Menschen aber begann es erst zu existieren, als er seine Wesenskräfte, speziell seine Erkenntnisfähigkeit, durch seine praktische und theoretische Tätigkeit so weit entwickelt hatte, daß das Atom sein Gegenstand werden konnte. Über das An-sich-sein eines Gegenstandes läßt sich prinzipiell nichts aussagen, bevor er nicht durch unsere praktische und theoretische Tätigkeit zu einem Gegenstand für uns geworden ist. Das im materiellen und geistigen Arbeitsprozeß sich vollziehende Werden der Natur zum Gegenstand des Menschen nennt Marx die Vermenschlichung oder »Humanisierung der Natur«. Die diesem Prozeß entgegenlaufende »Naturalisierung des Menschen« ist für Marx keineswegs eine Rückkehr zu einem abstrakten Naturwesen, sondern die Entwicklung der »menschlichen Natur«, d. h. die Entfaltung seiner Wesenskräfte, seiner Sinne, seiner Geschicklichkeit, seiner Sprache, seines Denkens, seines Arbeits- und Erkenntnisvermögens überhaupt. Mit der Produktion des äußeren materiellen Reichtums produziert der Mensch den menschlichen Charakter seiner Sinne, seiner Hand, seines Kopfes, seiner Individualität. Dergestalt wird offensichtlich, daß sich die Humanisierung der Natur nur als Naturalisierung des Menschen vollziehen kann und umgekehrt.<sup>16</sup>

16 Vgl.: K. Marx: Ökonomisch-philosophische Manuskripte, in: K. Marx, F. Engels: Historisch-kritische Gesamtausgabe (MEGA). Erste Abteilung. Bd. 3. Berlin 1932. S. 114-116.

## VI

Aus der knappen Analyse des Arbeitsbegriffes wurde ersichtlich, daß Marx und Engels die Produktion nicht nur als notwendige Bedingung der physischen Existenz der Individuen betrachteten, sondern als historisch bestimmte Art ihrer Tätigkeit, ihrer Lebensäußerung. »Wie die Individuen ihr Leben äußern, so sind sie. Was sie sind, fällt also zusammen mit ihrer Produktion, sowohl damit, *was* sie produzieren, als auch damit, *wie* sie produzieren.

Was die Individuen also sind, das hängt ab von den materiellen Bedingungen ihrer Produktion.«<sup>17</sup> Die materiellen Bedingungen der Produktion implizieren notwendig die gesellschaftlichen Verhältnisse, in denen allein der Mensch seine Wesenskräfte zu äußern vermag; ist doch die Individualisierung des Menschen selbst nur in der Gesellschaft möglich. In Fortsetzung und Konkretisierung der großen Gedanken Aristoteles' und Hegels, daß der Mensch ein zoon politikon bzw. ein historisches Wesen sei, das sich als menschliches durch seine eigene Tätigkeit erzeugt hat, überwinden Marx und Engels jegliche Robinsonade. Im Gegensatz zu den bürgerlichen Naturrechtslehren, wie sie etwa von Hobbes, Spinoza und Rousseau begründet wurden, akzentuieren sie den gesellschaftlichen Charakter der Produktion. Den Hobbesschen und Rousseauschen Naturzustand aber charakterisieren sie als ein mehr oder weniger verklärtes Abbild der Welt des bürgerlichen Privateigentums, in der ja die Individualisierung zu einer Vereinzelung der Individuen verzerrt wird.

Unter gesellschaftlich verstehen Marx und Engels zunächst nichts anderes als »das Zusammenwirken mehrerer Individuen«<sup>18</sup> im Produktionsprozeß des materiellen Lebens.

Jegliche Produktion, jede industrielle Stufe ist mit einer bestimmten Weise dieses Zusammenwirkens verbunden. In dieser ursprünglichen Form stellen Marx und Engels erstmalig das dialektische Verhältnis zwischen den Produktivkräften einer Gesellschaft und ihren Produktionsverhältnissen dar. Die jeweilige Art und Weise des Zusammenwirkens der Individuen korrespondiert mit dem Grad der Arbeitsteilung, dieser aber mit der Produktivität der Arbeit. Einer bestimmten Stufe der Produktivkräfte entsprechen daher ganz bestimmte Produktionsverhältnisse, die sich mit der in der Arbeit sich vollziehenden Entwicklung der menschlichen Wesenskräfte entfalten und verändern. Die durch eine bestimmte industrielle Stufe bedingte Weise des Zusammenwirkens der Individuen, als Produktionsverhältnisse bezeichnet, wird dabei von Marx und Engels ebenfalls als eine »Produktivkraft« gefaßt.

Das Verhältnis der Menschen untereinander ist also von vornherein ein materialistisches, d. h. durch die Art und Weise der Produktion bedingtes. Dieser Zusammenhang nimmt mit der Entwicklung der Produktion stets neue Formen an, hat also eine Geschichte. In dieser Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen sehen Marx und Engels die reale Basis aller Geschichte. Die Produktion, auf welcher Stufe sie auch immer ausgeübt wird, hält die Menschen zusammen, »auch ohne daß irgendein politischer oder religiöser Nonsens existiert, der die Menschen noch extra zusammenhalte«<sup>19</sup>. Nun wußte niemand besser um die Bedeutsamkeit und Wirksamkeit dieses »Nonsens« als Marx und Engels. Es ging ihnen, wie nicht nur ihre Schriften zeigen, sondern wie ihr ganzes tätiges Leben bezeugt, keineswegs um eine anarchistische Ignorierung (etwa im Sinne Stirners) von Moral, Recht, Politik, Staat, Wissenschaft, Philosophie, Religion, sondern um den Nachweis, daß das von den Menschen produzierte Bewußtsein, von vornherein ein gesellschaftliches Produkt, engstens mit der materiellen Produktion verbunden ist und von dieser abhängt. »Die Produktion der Ideen, Vorstellungen, des Bewußtseins ist zunächst unmittelbar verflochten

17 K. Marx, F. Engels: Die Deutsche Ideologie. Siehe: vorliegendes Heft, S. 1202; vgl. auch: K. Marx, F. Engels: Werke Bd. 3, S. 21.

18 K. Marx, F. Engels: Die Deutsche Ideologie. Siehe: vorliegendes Heft, S. 1212; vgl. auch: K. Marx, F. Engels: Werke Bd. 3, S. 30.

19 Ebenda.

in die materielle Tätigkeit und den materiellen Verkehr der Menschen, Sprache des wirklichen Lebens. Das Vorstellen, Denken, der geistige Verkehr der Menschen erscheinen hier noch als direkter Ausfluß ihres materiellen Verhaltens. Von der geistigen Produktion, wie sie in der Sprache der Politik, der Gesetze, der Moral, der Religion, Metaphysik usw. eines Volkes sich darstellt, gilt dasselbe. Die Menschen sind die Produzenten ihrer Vorstellungen, Ideen pp. [In der Handschrift gestrichen: »und zwar die Menschen, wie sie durch die Weise der Produktion ihres materiellen Lebens, durch ihren materiellen Verkehr und seine weitere Ausbildung in der gesellschaftlichen und politischen Gliederung bedingt sind.«], aber die wirklichen, wirkenden Menschen, wie sie bedingt sind durch eine bestimmte Entwicklung ihrer Produktivkräfte und des denselben entsprechenden Verkehrs bis zu seinen weitesten Formationen hinauf. Das Bewußtsein kann nie etwas Andres sein als das bewußte Sein, und das Sein der Menschen ist ihr wirklicher Lebensprozeß.«<sup>20</sup> Mit der Darstellung des materiellen Lebensprozesses der Gesellschaft verlieren aber Moral, Religion, Metaphysik und sonstige Ideologie und die ihnen entsprechenden Bewußtseinsformen den Schein ihrer Selbständigkeit. Sie haben keine selbständige, von der realen gesellschaftlichen Entwicklung losgelöste Geschichte. Die ihre materielle Produktion und ihren materiellen Verkehr entwickelnden Menschen ändern mit ihrer Wirklichkeit auch ihr Denken und die Produkte ihres Denkens. »Nicht das Bewußtsein bestimmt das Leben, sondern das Leben bestimmt das Bewußtsein.«<sup>21</sup>

20 K. Marx, F. Engels: Die deutsche Ideologie. Siehe: vorliegendes Heft, S. 1206; vgl. auch: K. Marx, F. Engels: Werke. Bd. 3, S. 26.

21 K. Marx, F. Engels: Die deutsche Ideologie. Siehe: vorliegendes Heft, S. 1206; vgl. auch: K. Marx, F. Engels: Werke. Bd. 3, S. 27.

Das Bewußtsein ist natürlich anfangs nur Bewußtsein über die nächste sinnliche Umgebung, Bewußtsein eines bornierten Zusammenhanges mit Personen und Dingen außerhalb des sich erst selber bewußt werdenden Individuums. Erst mit der Teilung der Arbeit, vor allem mit der Teilung in materielle und geistige Arbeit, gewinnt das Bewußtsein Universalität und reflektiert vor allem in der Philosophie sich selbst. Dies bedeutete einen ungeheuren Fortschritt in der Menschheitsentwicklung. Mit ihm war allerdings auch die Möglichkeit gegeben, daß das Bewußtsein sich von der Welt emanzipiert und zur Bildung der »reinen« Theorie, Theologie, Philosophie, Moral usw. übergeht, eine Möglichkeit, die durch die von der Arbeitsteilung geschaffenen gesellschaftlichen Verhältnisse zur Realität wird. Marx und Engels ist es übrigens zunächst ganz einerlei, »was das Bewußtsein alleene anfängt, wir erhalten aus diesem ganzen Dreck nur das eine Resultat, daß diese drei Momente, die Produktionskraft, der gesellschaftliche Zustand und das Bewußtsein, in Widerspruch untereinander geraten können und müssen, weil mit der *Teilung der Arbeit* die Möglichkeit, ja die Wirklichkeit gegeben ist, daß die geistige und materielle Tätigkeit [In der Handschrift gestrichen: »Tätigkeit und Denken, d. h. gedankenlose Tätigkeit und tatloser Gedanke«] – daß der Genuß und die Arbeit, Produktion und Konsumtion, verschiedenen Individuen zufallen, und die Möglichkeit, daß sie nicht in Widerspruch geraten, nur darin liegt, daß die Teilung der Arbeit wieder aufgehoben wird.«<sup>22</sup> Da mit der Teilung der Arbeit gleichzeitig die ungleiche Verteilung der Arbeit und mit dieser das Eigentum als Verfügung über fremde Arbeitskraft gegeben sind, fassen Marx und Engels die Arbeitsteilung und das Privateigentum als

22 K. Marx, F. Engels: Die deutsche Ideologie. Siehe: vorliegendes Heft, S. 1214; vgl. auch: K. Marx, F. Engels: Werke. Bd. 3, S. 32.

identische Begriffe; ist doch in »dem Einen. ... in Beziehung auf die Tätigkeit dasselbe ausgesagt, was in dem Andern in bezug auf das Produkt der Tätigkeit ausgesagt wird<sup>23</sup>«.

Mit der Verknüpfung von Arbeitsteilung und Privateigentum ist natürlich zugleich die Frage nach dem Verhältnis von Arbeitsteilung und Entfremdung gestellt. (Dieses Problem tritt übrigens – neben der damit eng verbundenen Frage nach dem Verhältnis von Individuum und Gesellschaft [Gemeinschaft] – in der Neuveröffentlichung, die sich streng an die von Marx vorgenommene Anordnung hält, weit deutlicher hervor als in der alten, redaktionell bearbeiteten Ausgabe.) Die Teilung der Arbeit betrachten Marx und Engels als erstes Beispiel dafür, »daß, solange die Menschen sich in der naturwüchsigen Gesellschaft befinden, solange also die Spaltung zwischen dem besondern und gemeinsamen Interesse existiert, solange die Tätigkeit also nicht freiwillig, sondern naturwüchsig geteilt ist, die eigne Tat des Menschen ihm zu einer fremden, gegenüberstehenden Macht wird, die ihn unterjocht, statt daß er sie beherrscht«<sup>24</sup>. Dieses Sichfestsetzen der sozialen Tätigkeit, diese Konsolidation des Produkts zu einer sachlichen Gewalt über den Menschen, die seiner Kontrolle entwächst, seine Erwartung durchkreuzt, seine Berechnungen zunichte macht, bezeichnen Marx und Engels als eines der Hauptmomente in der bisherigen geschichtlichen Entwicklung.<sup>25</sup> Unmittelbar danach – und nicht erst an späterer Stelle – schreiben sie: »Die soziale Macht, d. h. die vervielfachte Produktionskraft, die durch das in der Teilung der Arbeit bedingte Zusammenwirken der verschiedenen Individuen entsteht, erscheint diesen Individuen, weil das Zusammenwirken selbst nicht freiwillig, sondern naturwüchsig ist, nicht als ihre eigne, vereinte Macht, sondern als eine fremde, außer ihnen stehende Gewalt, von der sie nicht wissen woher und wohin, die sie also nicht mehr beherrschen können, die im Gegenteil nun eine eigentümliche, vom Wollen und Laufen der Menschen unabhängige, ja dies Wollen und Laufen erst dirigierende Reihenfolge von Phasen und Entwicklungsstufen durchläuft.«<sup>26</sup> Dieser Gedankengang wird am Handel entwickelt, der doch nichts als der Austausch von Produkten verschiedner Individuen ist, der aber gleich dem antiken Schicksal über der Erde schwebt und mit unsichtbarer Hand Glück und Unglück an die Menschen verteilt, Reiche stiftet und Reiche zertrümmert, Völker entstehen und verschwinden macht.

Von hier aus wird erst eine treffende Kritik jener aus den gesellschaftlichen Verhältnissen herauswachsenden Bewußtseinsstrukturen möglich, innerhalb derer sich der Mensch seiner eigenen Tätigkeit in der Form der Tätigkeit eines mystischen Wesens bewußt wurde. Daß den Philosophen vor Marx die Summe von Produktivkräften, Kapitalien und sozialen Verkehrsformen, die jedes Individuum und jede Generation als etwas Gegebenes vorfindet, als »Substanz«, »Wesen«, »Geist«, »Gott« usw. erscheint, hat letztlich seinen Grund in der naturwüchsigen, spontanen Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse, die dem Individuum als fremde, ihn bestimmende und beherrschende Mächte gegenüberreten. Seine eigene, aber ihm entfremdete Gewalt erscheint als das Allgemeine, welches das Einzelne, Individuelle bestimmt. So ist Platons Bürger nur eine vereinzelte Verkörperung des Staates, ein Wesen, das – soll

23 Ebenda.

24 K. Marx, F. Engels: Die deutsche Ideologie. Siehe: vorliegendes Heft, S. 1214; vgl. auch: K. Marx, F. Engels: Werke. Bd. 3, S. 33.

25 Vgl.: vorliegendes Heft, S. 1215.

26 K. Marx, F. Engels: Die deutsche Ideologie. Siehe: vorliegendes Heft, S. 1215/1216; vgl. auch: K. Marx, F. Engels: Werke. Bd. 3, S. 34

27 Vgl.: E. V. Il'enkov: Ideal'noe. (Das Ideale.), in: Filosofskaja enciklopedija. Bd. 2. Moskva 1962., S. 219 f.

es als menschliches gelten – sich die allgemeinen Normen der menschlichen Kultur (Recht, Sitte, Religion, Sprache, Denkformen) aneignen und sich ihnen unterwerfen muß.<sup>27</sup> Die gesellschaftliche Allgemeinheit bestimmt also seine Tätigkeit; sie kann daher nicht von dieser Tätigkeit selber herrühren. Dergestalt erscheinen dem falschen Bewußtsein alle einzelnen Dinge nur als Inkarnation des Allgemeinen. Die Entfremdung der allgemeinen gesellschaftlichen Macht von den einzelnen Individuen, deren Produkt sie ist, führt also zu der Mystifikation, die das Allgemeine vom Einzelnen losreißt und zum bestimmenden Grund des Einzelnen macht. Als bestimmender Grund muß das Allgemeine notwendig als aktives, tätiges Wesen erscheinen. Daß die Aktivität des Allgemeinen in der Trennung vom Einzelnen vor allem als Geist, als verselbständigtes Denken und Wollen erscheint, erklärt sich vornehmlich daraus, daß auch in der Aktivität, im Handeln der Menschen das Bewußtsein (Denken und Wollen) als das Primäre erscheinen. Die sinnlichgegenständliche Tätigkeit der Menschen, die Keimzelle des gesellschaftlich-kulturellen Organismus, erscheint in der idealistischen Verkehrung nur als sich entäußerndes Denken.

Die ganze Welt scheint also der Ideologie als falschem Bewußtsein wie in einer camera obscura auf dem Kopf zu stehen. Dieses Phänomen beruht nicht auf der Unvollkommenheit des menschlichen Erkenntnisvermögens, sondern es geht notwendig aus dem historischen Lebensprozeß der Menschen hervor.

Die bloß theoretische Kritik des falschen Bewußtseins bleibt selber noch innerhalb der Ideologie befangen. So vermag Feuerbachs Kritik der Religion und des Idealismus, also die Kritik der auch für Marx und Engels wesentlichsten Bestandteile der Ideologie als falsches Bewußtsein, die wirklichen Ursachen dieses verkehrten Bewußtseins nicht aufzudecken. Die Überwindung von Religion und Idealismus beschränkt sich daher bei ihm auf einen bloßen Bewußtseinsakt. Für den »praktischen Materialisten, d. h. *Kommunisten*« handelt es sich dagegen darum, »die bestehende Welt zu revolutionieren, die vorgefundenen Dinge praktisch anzugreifen und zu verändern«<sup>28</sup>. Die marxistische Ideologiekritik schließt also die praktische Kritik, die praktische Umgestaltung der Verhältnisse ein, die notwendig falsches Bewußtsein erzeugen. »Die wirkliche, praktische Auflösung dieser Phrasen, die Beseitigung dieser Vorstellungen aus dem Bewußtsein der Menschen wird, wie schon gesagt, durch veränderte Umstände, nicht durch theoretische Deduktionen bewerkstelligt.«<sup>29</sup>

28 K. Marx, F. Engels: Die deutsche Ideologie. Siehe: vorliegendes Heft, S. 1208; vgl. auch: K. Marx, F. Engels: Werke. Bd. 3, S. 42.

29 K. Marx, F. Engels: Die deutsche Ideologie. Siehe: vorliegendes Heft, S. 1222; vgl. auch: K. Marx, F. Engels: Werke. Bd. 3, S. 40.

## VII

Die Gedankengänge von Marx und Engels wurden bis hierher knapp und keineswegs vollständig skizziert, um einen Ausgangspunkt zu schaffen, von dem aus wir zwei den Marxismus entstellenden Behauptungen entgegentreten können, die in der bürgerlichen und revisionistischen Marx-Kritik weit verbreitet sind.

Die erste »These« lautet, Marx habe die Arbeitsteilung mit dem Privateigentum, mit der Entfremdung identifiziert; seine Forderung nach Aufhebung des Privateigentums impliziere daher die Forderung nach Aufhebung der Arbeitsteilung. Dies aber sei unmöglich,

weil es die Preisgabe der erreichten Produktivität der Arbeit bedeutete. Folglich seien auch die Aufhebung des Privateigentums, die Aufhebung der Entfremdung unmöglich. Wüßte man nicht um die apologetische Absicht, man könnte sich nur über das totale Mißverstehen der Worte von Marx und Engels wundern. Mit dem scheinbaren Paradox, daß einerseits die Arbeitsteilung Bedingung für die Entwicklung einer hohen Arbeitsproduktivität, diese aber Grundvoraussetzung für den Kommunismus ist (»weil ohne sie nur der *Mangel*, [die] Notdurft verallgemeinert, also mit der *Notdurft* auch der Streit um das Notwendige wieder beginnen und die ganze alte Scheiße sich herstellen müßte«)<sup>30</sup>, daß andererseits gerade dieselbe Arbeitsteilung Ursache der Entfremdung ist, die ohne Beseitigung der wirkenden Ursache natürlich nicht aufgehoben werden kann, werden die Hirne der Marx-Kritiker nicht fertig. Die Möglichkeit des Kommunismus, eine hohe Arbeitsproduktivität, also auch einen hohen Grad von gesellschaftlicher Arbeitsteilung zu erreichen, macht, den »tragischen Dialektikern« zufolge, gerade seine Unmöglichkeit aus. Freilich, wenn Arbeitsteilung und Privateigentum in der Weise identifiziert werden, wie der formale Logiker  $A = A$  setzt, dann ergeben sich in der Tat Schwierigkeiten. Marx aber faßt die Identität im hegelschen, d. h. dialektischen Sinne, demzufolge die Identität die Differenz, ja die Gegensätze einschließt.

Verweilen wir kurz bei dem Sachverhalt, wie er von Marx und Engels dargestellt wird:

a) »Wie weit die Produktionskräfte einer Nation entwickelt sind, zeigt am augenscheinlichsten der Grad, bis zu dem die Teilung der Arbeit entwickelt ist. Jede neue Produktivkraft ... hat eine neue Ausbildung der Teilung der Arbeit zur Folge.«<sup>31</sup> Der Gedanke von der untrennbaren Verknüpfung und der wechselseitigen Bedingtheit von Produktivkräften und Arbeitsteilung ist derart oft und derart klar in den Werken von Marx und Engels ausgesprochen worden, daß darüber keinerlei Mißverständnis herrschen kann.

b) Die Entwicklung der Produktivkräfte führt die damit verbundene Arbeitsteilung weit über die naturwüchsige hinaus. Die großen gesellschaftlichen Arbeitsteilungen (Ackerbauer und Viehzüchter, Stadt und Land, materielle und geistige Arbeit) sind mit dem Entstehen neuer Formen von Eigentumsverhältnissen verknüpft. Die Differenzierungen in der Produktion führen zu Differenzierungen in der gesellschaftlichen Struktur. Die neue Arbeitsteilung bedingt eine neue Verteilung der Arbeit, eine neue Form des Eigentums. Mit dem Privateigentum, der Verfügung über fremde Arbeitskraft, entsteht die Klassengesellschaft. Den Produktivkräften, der Arbeitsteilung entsprechen also die Produktionsverhältnisse, die Eigentumsformen.

c) Wird nun bei Marx und Engels von der Identität von Privateigentum und Arbeitsteilung gesprochen, so sind folgende Aspekte zu berücksichtigen: Zunächst kann das Privateigentum in der Tat nicht aufgehoben werden, ohne daß die Verteilung der Arbeit aufgehoben wird, welche die Verfügung über fremde Arbeit impliziert. Die Aufhebung dieser Arbeitsteilung, die unmittelbar mit dem Privateigentum zusammenfällt, kann nur vollzogen werden, wenn die Produktivkräfte eine entsprechend hohe Entwicklungsstufe haben, folglich auch die Arbeitsteilung einen entsprechend hohen Grad erreicht hat.

30 K. Marx, F. Engels: Die deutsche Ideologie. Siehe: vorliegendes Heft, S. 1216; vgl. auch: K. Marx, F. Engels: Werke. Bd. 3, S. 34/35.

31 K. Marx, F. Engels: Die deutsche Ideologie. Siehe: vorliegendes Heft, S. 6/7; vgl. auch: K. Marx, F. Engels: Werke. Bd. 3, S. 21/22.

Es kann sich also keineswegs um die Arbeitsteilung schlechthin handeln, die aufgehoben werden soll, sondern um eine historisch bestimmte Form derselben. »Daß diese *Notwendigkeit* der Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit in bestimmten Proportionen durchaus nicht durch die *bestimmte* Form der gesellschaftlichen Produktion aufgehoben, sondern nur *ihre Erscheinungsweise* ändern kann, ist self-evident.«<sup>32</sup> Damit wäre schon das scheinbare Paradox aufgelöst und die These von der Unmöglichkeit der Aufhebung der Entfremdung widerlegt.

32 K. Marx: Brief an Kugelmann, in: K. Marx, F. Engels: Werke. Bd. 32. Berlin 1965. S. 552/553.

Es ist allerdings weiter zu berücksichtigen, daß die aufzuhebenden Formen der Arbeitsteilung durch die naturwüchsig-spontane Entwicklung der Gesellschaft charakterisiert sind. Die spontane Teilung der Arbeit hatte ja zur Folge, daß sich die individuellen Mächte und Verhältnisse in sachliche verwandelten, welche die Individuen nun selber ausschließlich einer Form der Tätigkeit subsumieren. Die sich daraus ergebende Vereinseitigung und Vereinzelung der Individuen »kann nicht dadurch wieder aufgehoben werden, daß man sich die allgemeine Vorstellung davon aus dem Kopfe schlägt, sondern nur dadurch, daß die Individuen diese sachlichen Mächte wieder unter sich subsumieren und die Teilung der Arbeit aufheben«<sup>33</sup>. Auch hier geht es keineswegs um die Rückkehr zu einem abstrakten Naturwesen, um eine Preisgabe des erreichten Grades der Arbeitsteilung; vielmehr geht es darum, die Arbeitsteilung so zu entwickeln und bewußt zu gestalten, daß die Individuen nicht ihr subsumiert werden, sondern die Arbeitsteilung der ihre Produktion bewußt und freiwillig organisierenden Gesellschaft subsumiert wird. »Dies ist ohne die Gemeinschaft nicht möglich. Erst in der Gemeinschaft [mit Andern hat jedes] Individuum die Mittel, seine Anlagen nach allen Seiten hin auszubilden; erst in der Gemeinschaft wird also die persönliche Freiheit möglich.«<sup>34</sup> Erst in der Gemeinschaft, welche die spontane Arbeitsteilung, das Privateigentum und damit die Vereinzelung und Vereinseitigung der Individuen überwunden hat, erringen diese in und durch ihre Assoziation ihre Freiheit.

33 K. Marx, F. Engels: Die deutsche Ideologie. Siehe: vorliegendes Heft, S. 1239; vgl. auch: K. Marx, F. Engels: Werke. Bd. 3, S. 74.

34 Ebenda.

Die Aufhebung des Privateigentums, der »Teilung der Arbeit«, des spontan-naturwüchsigen Charakters wird bei zwei Voraussetzungen möglich: bei der durch eine hohe Stufe der Entwicklung der Produktivkräfte bedingten Vergesellschaftung der Arbeit und bei der damit verbundenen Entwicklung des Proletariats. Die welthistorisch entscheidende Entdeckung, die Marx und Engels in der »Deutschen Ideologie« fixierten, ist die Erkenntnis, daß die modernen Produktivkräfte immer mehr in Widerspruch zu den kapitalistischen Produktionsverhältnissen geraten, daß das Proletariat die gesellschaftliche Kraft ist, die auf Grund ihrer Lage in der bürgerlichen Gesellschaft, auf Grund ihrer Verbindung mit den ständig fortschreitenden Produktivkräften imstande ist, diesen Widerspruch zu lösen. Diese Erkenntnis fand in der historischen Praxis ihre Bestätigung. Sie ist nicht zu widerlegen.

Die zweite in der Marx-Kritik verbreitete Entstellung besteht in der absoluten Identifizierung von Ideologie und falschem Bewußtsein. Der ideologische Sinn dieser Identifizierung ist einfach; Wenn alle Ideologie falsches Bewußtsein ist, der Sozialismus aber einer eigenen Ideologie bedarf und auch eine solche entwickelt, dann ist

auch diese Ideologie falsches Bewußtsein, Ausdruck dafür, daß auch in der ideellen Sphäre die Entfremdung durch den Kommunismus nicht zu überwinden ist. Dabei taucht die Berufung auf die »Deutsche Ideologie« besonders häufig auf, ist doch die hier gegebene Ideologiekritik eine Kritik des falschen Bewußtseins. Wenn man will, identifizieren Marx und Engels hier Ideologie und falsches Bewußtsein; aber die Ideologie, die sie mit falschem Bewußtsein identifizieren, ist die Ideologie der Klassengesellschaft, sind Religion und Idealismus vor allem. War es schon unmöglich, aus der Identifizierung von Arbeitsteilung und Eigentum die Aufhebung der Arbeitsteilung schlechthin abzuleiten, so kann unter keinen Umständen aus der genannten Identifizierung abgeleitet werden, daß Ideologie immer falsches Bewußtsein sein müsse.

Die Frage, warum die Ideologie als falsches Bewußtsein entsteht, haben Marx und Engels eindeutig beantwortet.<sup>35</sup> In Abschnitt VI wurde versucht, diese Antwort kurz zu reproduzieren. Aus dem Gedankengang ist jedoch auch die Antwort darauf abzulesen, warum überhaupt Ideologie entsteht; zeigt doch schon eine erste Betrachtung des »Zusammenwirkens der Menschen«, daß dieses gesellschaftliche Verhältnis mit Notwendigkeit ganz bestimmte Verhaltensweisen, Sitten und Gebräuche, Moralnormen, Rechtsgrundsätze usw. hervorbringt. Die allgemeinen und die partiellen Interessen, wie sie durch die Produktionsverhältnisse bedingt sind (»die Ideen der herrschenden Klasse sind die herrschenden Ideen«), finden ihren geistigen Ausdruck in der Ideologie. Da wie auch immer geartete Produktionsverhältnisse bestimmte Interessen erzeugen, wird ständig – solange Produktionsverhältnisse bestehen, also die menschliche Gesellschaft existiert – Ideologie produziert.

Ideologie ist freilich nicht gleich Ideologie. Die in der sozialistischen Revolution vollzogene Aufhebung der Verhältnisse, in denen die Ideologie notwendig als falsches Bewußtsein produziert werden mußte, schließt die Aufhebung dieses falschen Bewußtseins ein. Indem der spontan-naturwüchsige Entwicklungsprozeß der Gesellschaft von der bewußten Gestaltung der sozialistischen Produktionsverhältnisse abgelöst wird, tritt an die Stelle des falschen Bewußtseins die sozialistische Ideologie. Diese muß sich selbstverständlich, wenn sie nicht in falsches Bewußtsein abgleiten will, auf die objektive Erkenntnis des realen Lebensprozesses der Gesellschaft stützen. Wenn oben davon gesprochen wurde, daß es der marxistischen Philosophie nicht nur um die objektive Erkenntnis dessen geht, was ist, sondern gleichzeitig um allgemeine gesellschaftliche Zweck- und Zielsetzung, um Sinnggebung, um den geistigen Ausdruck der Interessen der sozialistischen Gesellschaft, so handelte es sich eben darum, die Ideologiefunktion der Philosophie stärker zu akzentuieren.

Hier muß auch die von der Wissenssoziologie ins Spiel gebrachte Alternativstellung von Wissenschaft und Ideologie als Pseudoalternative zurückgewiesen werden. Die Frage: entweder Wissenschaft oder Ideologie, ist falsch gestellt. Es handelt sich doch keineswegs um einen gleichen Bereich, auf den zwei einander ausschließende Aussagen bezogen werden, sondern vielmehr um einander bedingende Bereiche der Produktion des geistigen Lebens der Gesell-

35 Siehe dazu: E. Hahn: Marxismus und Ideologie, in: DZfPh. Heft 10/1964.

schaft. Der ideologische Bereich ist eine Komponente, die theoretischwissenschaftliche Einsicht mit dem praktischen Handeln verknüpft. Die Wissenschaft, als höchste Form der theoretischen Aneignung der Welt durch den Menschen, zielt auf die adäquate Erkenntnis dessen, was ist. Die Industrie, der Ausdruck der praktischen Aneignung, zielt auf die Veränderung des Naturstoffes gemäß den Interessen des Menschen. Die Ideologie, Form der geistig-praktischen Aneignung, zielt darauf, die Interessen der Individuen geistig auszudrücken. Die sozialhistorisch determinierten Interessen, die Motive, Zweck- und Zielsetzungen, Willensentscheidungen, Engagements der Menschen bestimmen, sind entscheidend dafür, welchen Sinn diese ihren Handlungen, ihrem Leben geben. Die Ideologie äußert sich vor allem in den politischen und moralischen Handlungen der Menschen. Daß neben der Politik und der Moral auch die Kunst, die höchste Form der ästhetischen Aneignung der Wirklichkeit durch den Menschen, der Ideologie verbunden ist, kann hier nur angedeutet werden. Im Gegensatz zu Kant, der theoretische und praktische Vernunft, Wissenschaft und moralisches Handeln, Kausalität und Freiheit schroff voneinander trennte, geht es im Marxismus darum, die sinnlich-gegenständlichen, theoretischen, politisch-moralischen und ästhetischen Tätigkeitsformen, also Industrie, Wissenschaft, Politik, Moral und Kunst, als Momente der Totalität des gesellschaftlichen Lebensprozesses zu begreifen.

Die »Deutsche Ideologie« ist – neben den »Ökonomisch-philosophischen Manuskripten« – jenes Werk von Marx und Engels, in dem gerade diese Totalität, die m. E. den wesentlichsten Gegenstand der marxistischen Philosophie ausmacht, im Zentrum der Analyse steht. Die oben versuchte Skizze der Gedanken von Marx und Engels, die mir für den Ausgangspunkt marxistischen Philosophierens von Bedeutung erscheinen, stützt sich deshalb vor allem auf diese beiden Werke. Ist dies gerechtfertigt? Besteht nicht zwischen beiden Werken eine Differenz? Sicher ist die »Deutsche Ideologie«, die »Thesen über Feuerbach« eingeschlossen, ein reiferes Werk; ist doch in ihm nicht nur Feuerbachs Terminologie überwunden, sondern ist auch sein anthropologischer Materialismus Gegenstand prinzipieller Kritik. Trotzdem komme ich bei dem Vergleich beider Werke zu dem Ergebnis, daß ihr Zusammenhang weit bedeutender ist als ihre Differenz. Dies hervorzuheben erscheint mir nicht nur deshalb wichtig, weil das Moment der Differenz oft überbetont wurde, sondern vor allem, weil für die sozialistische weltanschauliche Erziehung und für den Kampf gegen die imperialistische Ideologie der ganze Reichtum der marxistischen Philosophie fruchtbar gemacht werden muß.

## ELKE SCHERSTJANOI

# Erinnerung an die DDR

Die letzte der größeren Institutionen der späten DDR hat sich verabschiedet: die PDS. Doch gibt es noch genug, was an den östlichen Nachkriegs-Sonderweg in Deutschland erinnert: die Naturschutz-Eule und den grünen Pfeil, »Außenseiter-Spitzenreiter« und das ND, zahlreiche Rotarmistengräber und hier und dort mal einen Gedenkstein für Antifaschisten. Auf andere Weise reflektieren die Vergangenheit Mauerreste, Grenzübergangsstellen und zahllose, zu Gedenkstätten umgebaute Gefängnisse. Der Eingeweihte erkennt »WBS 70« und – sehr selten anzutreffen – »B 1000«, den Womacka-Brunnen am Berliner Alex, die Weltzeituhr und das Haus an der Weberwiese. Die »Ostpro« lebt von Hallorenkugeln, »Fit« und »Florena«.

Ossis entsprechenden Alters outen sich mit der ihnen eigenen Zeitrechnung; der Ausdruck »zu DDR-Zeiten« entschlüpft nie einem Wessi-Mund. Aber darf man das so einfach vor sich hindümpeln lassen, dieses Zurückschauen, Vergleichen, Witzeln, Lamentieren?

Nein! Das muß beobachtet, gelenkt, zensiert, in den richtigen Teilen aktiviert, medial aufgewertet, didaktisch begleitet und das Verfahren – weil fraglos richtig bewerkstelligt – muß weiterempfohlen werden. Damit läßt sich richtig Geld machen und verplempern, Deutung monopolisieren, Aufsehen erregen, Karriere aufbauen ...

Freilich, nicht jedem, der besorgt fragt »Wohin treibt die DDR-Erinnerung?«, kann man billig Partei- oder private Interessen unterstellen. Doch die so betitelte Dokumentation (Vandenhoeck und Ruprecht, Göttingen 2007) zeigt, wer die Erinnerung gern wohin treiben möchte. Sie gibt eine Debatte mit medialem Höhepunkt im Mai/Juni 2006 wieder.

Herausgeber sind die Mitglieder einer Expertenkommission, die im Frühjahr 2005 von der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien, Christina Weiss, eingesetzt wurde und die Aufgabe hatte, ein Konzept für einen dezentral organisierten Geschichtsverbund zur Aufarbeitung der SED-Diktatur zu erarbeiten. Am 6. Juni 2006 stellte die unter Leitung des Potsdamer Historikers Martin Sabrow wirkende Kommission ihr Arbeitsergebnis, ein Mitte Mai entstandenes Empfehlungspapier, in einer öffentlichen Anhörung in Berlin vor.

### *1. Raum geben*

*»Historische Vergewaltigung und die Auseinandersetzung mit den Folgen einer belasteten Vergangenheit bilden einen nie abgeschlossenen Prozeß, der in demokratisch verfaßten Gesellschaften in*

Elke Scherstjanoi –  
Jg. 1956, Historikerin,  
1980-1991 an der AdW  
der DDR, seit 1994 wissen-  
schaftliche Mitarbeiterin  
des Instituts für Zeitge-  
schichte München-Berlin,  
Forschungen zur ostdeut-  
schen Nachkriegsge-  
schichte und zum deutsch-  
sowje-  
tischen Verhältnis.  
Jüngste Publikation:  
»SED-Agrarpolitik unter  
sowjetischer Kontrolle 1949  
bis 1953«, München 2007.

*ständigem Fluß bleibt und kontinuierlicher Erneuerung im gesellschaftlichen Diskurs unterliegt*«, hieß es in den Empfehlungen. Die Kommission konstatierte geschichtspolitische und erinnerungskulturelle Defizite und formulierte Ziele einer künftigen Ausrichtung von staatlichen Forschungs- und Gedenkvorhaben zum Thema DDR. Diese sollten für *»die öffentliche Auseinandersetzung mit der DDR (ebenso wie mit der NS-Diktatur) unterschiedlichen Gesichtspunkten Raum geben*« und dürften nicht *»auf das Ziel einer einheitlichen oder gar geschlossenen Gesamtaussage verpflichtet werden*«.<sup>1</sup>

Zugleich sei nicht nur dem natürlichen Verblassen der Bilder, sondern auch einer *»drohenden ›Verinselung‹ der DDR-Geschichte im Geschichtsbewusstsein*« entgegenzuwirken,<sup>2</sup> hieß es. Der Umstand, daß die ostdeutsche Vergangenheit – nach Ansicht der Kommission – zwar vergleichsweise gut erforscht und öffentlich behandelt wird, nicht aber in eine nationale Gesamtrückschau eingefaßt ist, befriedigte. In Forschung und politischer Bildung würden überdies, so die Experten, die *»Bindungskräfte*« der SED-Diktatur und damit *»die spannungshafte Wechselbeziehung von Herrschaft und Gesellschaft*« in der DDR nur unzureichend thematisiert.<sup>3</sup> Die Kommission empfahl, Forschung und Erinnerungspolitik künftig auf drei thematische Säulen zu stellen, die Schwerpunktbereiche *»Herrschaft – Gesellschaft – Widerstand*«, *»Überwachung und Verfolgung*« und *»Teilung und Grenze*«. Damit sollte auch der in der Gedenkstättenlandschaft *»deutlich übergewichtigen Konzentration auf Orte der Repression und der Teilung entgegengewirkt werden*«.<sup>4</sup>

Diese Gedanken fanden Zuspruch, stießen aber auch auf heftige Ablehnung und Vorwürfe, nicht zuletzt aus der Fachwelt. Auf eine *»integrierte*«, *»integrative*«, *»integrierende*« oder *»integrale*« gesamtdeutsche Geschichtsschreibung (die Wahl des Adjektivs ist reine Geschmackssache) können sich die Zeithistoriker heute zwar problemlos einigen, vermag doch eine isolierte Betrachtung einzelner Momente den Anforderungen an eine moderne Nationalgeschichte nicht mehr zu genügen. Doch wie der Bewertungsmaßstab aussehen und wo er ansetzen soll, ist strittig. Während die einen auf eine idealtypische – realiter bestenfalls an die Bundesrepublik der frühen siebziger Jahre erinnernde – normative Werteskala der parlamentarischen Demokratie bundesdeutschen Zuschnitts setzen, betonen andere, darunter eben Martin Sabrow, allen Anwürfen zum Trotz, daß eine weitgehend ergebnisoffene Ausrichtung vergleichender und verbindender Fragen an die ost- und die westdeutsche Nachkriegsgeschichte im europäischen Kontext gebraucht würde. *»Wer aus normativer Perspektive das Pendant des bundesdeutschen Rechtsstaats allein als ostdeutschen Unrechtsstaat zu erfassen sucht, versperrt sich den Weg zum Verständnis der Binnenlegitimation der zweiten deutschen Diktatur und für die Handlungsmotive ihrer Träger*«, warnte Sabrow.<sup>5</sup>

Den von der Kommission vorgestellten Ansätzen einer neuen Gedenkpolitik schlug besonders lauter Protest entgegen,<sup>6</sup> zuallererst von dort, wo eine Vergegenwärtigung der Sozialleistungen der DDR als *»immer frecher*« vorgetragene Erinnerung wahrgenommen wird<sup>7</sup>. Martin Sabrow sah sich gezwungen, den Vorwurf der *»Weichspülung*« der DDR-Geschichte abzuwehren. Er wollte sich auch ganz

1 Empfehlungen der Expertenkommission zur Schaffung eines Geschichtsverbundes »Aufarbeitung der SED-Diktatur«, in: *Wohin treibt die DDR-Erinnerung? Dokumentation einer Debatte*, hrsg. von Martin Sabrow u. a., Göttingen 2007, S. 18-45, hier S. 21.

2 Ebenda, S. 22.

3 Ebenda, S. 31 f., 34.

4 Ebenda, S. 31.

5 Martin Sabrow: *Historisierung der Zweistaatlichkeit*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung das Parlament (APuZ B) 3/2007 v. 15. Januar 2007*, S. 19-24, hier S. 23.

6 Einen zwischenzeitlichen Überblick über die Positionen der Fachwelt und den Verlauf der Debatte gab Rainer Eckert: *Streit um Erinnerung und Aufarbeitung. Eine Erwiderung*, in: *Deutschland Archiv (39) 2006*, S. 1069-1079; abgedruckt in: *Wohin treibt die DDR-Erinnerung*, a. a. O., S. 405-422.

7 Entgegnungen von Hubertus Knabe, Christiane Lauer und Jochen Staadt, zitiert von Werner van Bebber: *CDU vermißt den emotionalen Zugang zur Mauer*, in: *Der Tagesspiegel*

v. 31. Mai 2006.

8 Martin Sabrow: Das letzte Donnern. Erinnerungsland DDR: Zum Streit um die Empfehlung der Expertenkommission, in: Der Tagesspiegel v. 29. Mai 2006; abgedruckt in: Wohin treibt die DDR-Erinnerung, a. a. O., S. 288-291, hier S. 290.

9 Ebenda, S. 291.

10 Ebenda.

und gar nicht zum Fürsprecher eines »mehrfach gespaltenen«, gleichwohl »gut organisierten Milieugedächtnisses früherer DDR-Eliten« abstempeln lassen, »in deren geschichtsrevisionistischer Erinnerung die DDR als Normalstaat und die Vereinigung als koloniale Unterwerfung« erscheint.<sup>8</sup> Er erklärte – vermutlich in Abwehr solchen DDR-Elite-Gedächtnisses –, sein (und mehrheitlich der Kommission) Verständnis von Alltag in der DDR beinhalte eben »die DDR-Vergangenheit in ihrer Janusgesichtigkeit zwischen gewollter Modernität und gewordener Monstrosität«.<sup>9</sup> Schließlich meinte Sabrow im Mai 2006 noch, der Protest sei deshalb so laut und voller Mißverständnisse, weil es um die »Deutungshoheit im Übergang vom kommunikativen zum kulturellen Gedächtnis« gehe, und das Erinnerungsgewitter würde bald abziehen.<sup>10</sup>

Bei dieser Prognose dürfte er sich verrechnet haben, im wahrsten Sinne des Wortes. DDR-Geschichte wird mindestens noch 20 Jahre zum kommunikativen Gedächtnis der Deutschen gehören (vom Übergang zum kulturellen Gedächtnis ist in der Fachwelt mit Bezug auf die NS-Zeit die Rede). Es sei denn, da hätte wirklich einer bald die »Deutungshoheit« ein für allemal erlangt. Die untergegangene DDR-Gesellschaft öffentlich zu thematisieren bleibt schwierig. Nur sind die alten ostdeutschen Eliten heute am Kampf um Deutungshoheit kaum noch beteiligt. Die »Front« verläuft anderswo.

## 2. »Bindungskräfte« und »durchherrschter Alltag«

Die Bindungskräfte im SED-Staat und in der DDR-Gesellschaft thematisieren zu wollen, wird der »Sabrow-Kommission« hauptsächlich zur Last gelegt. Zugleich erfährt sie dafür aus unterschiedlichen politischen Lagern Rückenstärkung. Kulturstaatsminister Bernd Neumann (CDU) beispielsweise antwortete einer voreingenommenen Journalistin auf die Frage, »was kann der zumeist triste Alltag der Menschen in der DDR an Erkenntnissen beschern?«: »Ich glaube, den Alltag in der DDR vertieft zu erforschen, bietet die große Chance, noch nicht ausreichend beantworteten Fragen nachzugehen: Wie funktionierten die Mechanismen der SED? Wie konnte sich die SED über Jahrzehnte halten? Warum und wie haben sich die Menschen mit dem System arrangiert? Warum haben so viele mitgemacht und andere nicht? Wie entwickelte sich die Bürgerrechtsbewegung? Das alltägliche Leben einzubeziehen, heißt ja nicht, nur eine private Idylle zu zeigen. Es geht doch gerade darum, dieses Feld nicht denen zu überlassen, die verharmlosen und – wie nach dem Zusammenbruch jeder Diktatur – nostalgisch an das vermeintlich normale Leben erinnern nach dem Motto: ›Was war denn? Wir haben gelacht und geweint, uns verliebt und gefeiert.«<sup>11</sup> Das wird nicht nur in der Kommission (kleinster?) gemeinsamer Nenner gewesen sein. Ein Großteil der ehemaligen DDR-Elite, nicht nur die regimeoppositionelle, kann ein solches Anliegen mittragen. Und genau dieser geschichtskritische Minimalkonsens dürfte es sein, der andere auf die Barrikaden treibt.

Hubertus Knabe, der Leiter der Hohenschönhausener Gedenkstätte in der ehemaligen Stasi-Haftanstalt, wandte ein: »Bislang war man sich in Deutschland einig, daß der Staat in erster Linie für ein angemessenes Opfertedenken zu sorgen hat sowie das Erbe des Wi-

11 Interview Renate Oschlies: DDR-Alltag – das war nicht nur die private Idylle. Kulturstaatsminister Bernd Neumann (CDU) über die umstrittenen Expertenvorschläge zur Aufarbeitung, in: Berliner Zeitung, 26. Mai 2006; abgedruckt in: Wohin treibt die DDR-Erinnerung, a. a. O., S. 286-288,

derstands pflegen muß. (...) Niemand kam auf die Idee, die ›Bindungskräfte‹ des Nationalsozialismus in einem eigenen Zentrum zu behandeln.«<sup>12</sup> – Ja, da hat er wohl recht. Aber »bislang« ist keine ausreichende Begründung für die Abwehr eines bildungspolitischen Anliegens. Und außerdem darf gefragt werden: Sollten sich in einem unterschiedlichen Umgang mit NS- und DDR-Vergangenheit denn nicht auch, ganz bewußt so offeriert, die realen, unverkennbaren Unterschiede zwischen »den zwei deutschen Diktaturen« niederschlagen?

Bemerkenswerterweise hatte die Kommission die prinzipielle Frage »Stasiknast oder Gartenzwergidylle« gar nicht gestellt; die wurde von den Kritikern der Kommission medienwirksam in die Debatte geworfen.<sup>13</sup> Der Historiker Stefan Wolle bemerkte zu Recht, eine so gestellte Frage sei falsch gestellt. Herzustellen sei vielmehr der innere Zusammenhang »zwischen der Gartenzwergidylle, die die DDR natürlich auch gewesen ist, und diesem extrem repressiven Unterdrückungsstaat.«<sup>14</sup> Aber das dürfte immer noch zu wenig sein. Gewiß ließen sich eine spießige Lebenswelt von DDR-Bürgern und die Anmaßung und Rücksichtslosigkeit der großen und kleinen Honeckers unter ihnen als augenfällige Negativ-Befunde einer untergegangenen Welt analytisch miteinander verknüpfen und paradigmatisch funktionalisieren. Und in einem Teil der öffentlichen Erinnerungskultur werden solche Verknüpfungen ja auch tatsächlich – genüßlich herablassend – als geistiger Höhepunkt einer Deutung von »Leben in der DDR« gefeiert und mitunter sogar staatlich honoriert. Aber beantworten sich so die Fragen des Herrn Neumann?

Die von Martin Sabrow in diversen Kommentaren formulierten Aufgaben reichen sogar über den in der Kommission erreichten Konsens hinaus und bieten sich gerade deshalb auch für weitergehende Erörterungen des historischen Gegenstandes und des methodischen Instrumentariums an. Während die Kommission in ihrem Plädoyer für mehr DDR-Alltagsgeschichte ganz selbstverständlich von DDR-Vergangenheit als einer – analog zur NS-Zeit – »belasteten Vergangenheit« spricht (siehe Eingangszitat), will der eigenständige Forscher Sabrow: »Historisierung contra Delegitimierung«.<sup>15</sup> Ob damit der Blick so frei sein wird, wie vor Jahren schon der von Bernd Faulenbach, wird sich zeigen. Faulenbach erklärte – unter Bezugnahme auf Helmut Wiesenthal –, es hätte in der DDR »eine Spannung zwischen den Alltagserfahrungen wohl der Mehrheit auf der einen Seite und den Repressionserfahrungen einer Minderheit auf der anderen Seite« gegeben, und (so Wiesenthal) die Kontakte der DDR-Bevölkerung zu den Instanzen des SED-Staates seien »nicht durchweg von Repressionserfahrung und Ohnmachtgefühlen bestimmt« gewesen.<sup>16</sup>

Das macht den eigentlichen Unterschied in den Alltagshypothesen aus, der nicht etwa nur die Kritiker der Kommission von dieser trennt, sondern auch innerhalb der die Empfehlungen mittragenden Expertengruppe besteht. Die einen wollen, wie Neumann, die Aufmerksamkeit von »nostalgischen Erinnerungen« an das Lachen, Weinen, Lieben und Feiern als nur »vermeintlich normalem Leben« weg auf die REPRESSALIEN IM ALLTAG lenken, neben der NISCHE auch immer wieder die MAUER, vor allem aber die WIR-

hier  
S. 287.

12 Hubertus Knabe: Die DDR als Light-Version. Staatlich geförderte Ostalgie: Expertenkommission will die SED-Diktatur weniger grau zeichnen, in: Berliner Morgenpost v. 8. Mai 2006; abgedruckt in: Wohin treibt die DDR-Erinnerung, a. a. O., S. 193 f., hier S. 193.

13 Benedict Maria Mülder: Stasiknast oder Gartenzwergidylle? Streit um die Deutung der DDR-Geschichte, in: 3sat Kulturzeit 16. Mai 2006, abgedruckt in: Wohin treibt die DDR-Erinnerung, a. a. O., S. 260-262.

14 Ebenda, S. 261.

15 Martin Sabrow: Historisierung der Zweistaatlichkeit, a. a. O., S. 21.

16 Bernd Faulenbach: Diktaturerfahrung und demokratische Erinnerungskultur in Deutschland, in: Orte des Erinnerns. Gedenkzeichen, Gedenkstätten und Museen zur Diktatur in SBZ und DDR, hrsg. von Annette Kaminsky,

Leipzig 2004, S. 18-30, hier S. 23.

17 Regine Igel: Das deformierte Ich (Bücherbesprechung), in: Freitag, v. 2. Februar 2007, S. 15.

18 So Martin Sabrow in einem Interview mit Henry Lohmar und Jan Sternberg, Märkische Allgemeine (Hübner), 15. Juni 2006; abgedruckt in: Wohin treibt die DDR-Erinnerung, a. a. O., S. 315-319, hier S. 316.

19 Richard Schröder: Auch wir hatten glückliche Tage – Die Wirklichkeit der DDR erfaßt nur, wer auf Grautöne achtet. Es gab ein richtiges Leben im falschen, etwa bei der Revolution 1989, in: Die Zeit, 29. Juni 2006; abgedruckt in: Wohin treibt die DDR-Erinnerung, a. a. O., S. 339-343, hier S. 341.

20 Michael Schwartz, Hermann Wentker: Kein Konsens über die Konsens-Diktatur. Zur Reaktion Martin Sabrows auf unsere Kritik an seinem DDR-Aufarbeitungskonzept, in: Deutschland Archiv 39 (2006), S. 1080-1086; abgedruckt in: Wohin treibt die

KUNGEN DER MAUER BIS IN DIE NICHE HINEIN untersuchen. Andere wollen den lebensweltlich prall gefüllten Raum ZWISCHEN MAUER UND NICHE, das heißt ZWISCHEN REPRESSSION UND INDIVIDUELLER VERWEIGERUNG aufspüren. Die einen suchen – in bedenklicher Affinität zu psychoanalytischen Grobrastern – nach dem DDR-Typischen im »ZUSAMMENHANG VON SEELE UND POLITIK« und postulieren, »ein zentrales Kennzeichen des Lebens in der DDR« sei es gewesen, »im Spannungsbereich zwischen offiziellem und inoffiziellm Leben den eigenen Ort auszutasten« und sich ständig zu fragen: »Wie viel Anpassung ist nötig, wie viel Widerstand ist möglich?«<sup>17</sup> Andere sehen ein spannungs- und bewegungsreiches Kräftefeld sehr verschiedener Akteure, das mehrerer Konsense bedurfte – hergestellt nicht nur im Ergebnis ideologischer »Übermächtigung« und physischer Gewalt, sondern infolge partieller Interessenidentität, ein Feld, das Räume bot, nicht nur Nischen als Rückzugsräume, sondern Räume für mehr oder weniger eigenständiges Entscheiden und Handeln der Akteure. Ob sich der »Beherrschte« darin wirklich ständig fragen mußte, passe ich mich an oder leiste ich Widerstand, das wäre noch zu ermitteln. Inwieweit sich »in der Schule, im Betrieb, im HO-Laden, auch in der berühmten Nische (...) für jeden Einzelnen jeden Tag neu (entschied), ob er Anweisungen folgte oder widerstrebte, ob er sich begeistern ließ und andere zu begeistern suchte, ob er sich mißmutig anpaßte, widerwillig einrichtete oder vielleicht Zumutungen eigensinnig unterließ«,<sup>18</sup> sollte doch zunächst umfassend untersucht und nicht von Fällen der Traumatisierung her pauschal diagnostiziert werden. Eine wichtige Erfahrung der NS-Forschung besagt, daß Ohnmacht und Unmündigkeit gar nicht reflektiert werden müssen, solange einfache soziale Übereinkommen funktionieren. Herrschaft als ein systemprägendes soziales Arrangement zwischen den jeweiligen Machthabern und der Gesellschaft spielte sich im Europa des 20. Jahrhundert vor allem in den Sphären Arbeit/Erwerb und Politik/Kommunikation ab. Wer solche sozialen Übereinkommen als »Lebenslüge« bezeichnen will und dann für die DDR vielleicht auch noch gnädig einen »ungeheuer(en) Konformitätsdruck« einräumt, da »fordauernd und von jedem das Bekenntnis zum System eingefordert (wurde), vom Kindergarten bis zur Arbeitsstelle, im Schulaufsatz wie in der Brigade, bei Demonstrationen wie bei Wahlen«,<sup>19</sup> macht es sich zu einfach. Er kennt weder ehrlich Beteiligte noch unpolitische Mitläufer, sondern nur Duckmäuser.

Das Argument von Hermann Wentker und Michael Schwartz, wonach die von der Sabrow-Kommission angeblich einseitig thematisierten Bindungskräfte zwischen SED-Regime und DDR-Bevölkerung ja eigentlich nur eine Forschungshypothese sind und noch keine belegte Erkenntnis und daher auch nicht in Gedenkpolitik eingehen dürfen,<sup>20</sup> überzeugt nicht. Selbst wenn »nur« eine Hypothese formuliert wäre, warum sollte demokratisch legitimierte Erinnerungspolitik nicht offensiv damit umgehen, Erinnerungs- und Kommunikationsräume nicht zulassen, begleitende Forschung nicht finanzieren helfen? Denn gerade Fragen nach Herrschaftsverhältnissen sind doch erst im Dialog der Wissenschaft mit den Zeitzeugen in ihrer ganzen Vielfalt aufzuspüren, bevor sie wissenschaftlicher Analyse

zugeführt werden können. Solche Bindungskräfte mögen für manchen nur als Hypothese annehmbar sein, doch die Behauptung, daß für den »durchherrschten Alltag (...) Ost-West-Spaltung und Mauer wichtigere (!) ›Bindungskräfte‹ darstellten als die DDR-Sozialpolitik«,<sup>21</sup> ist dann erst recht hypothetisch.

Apropos »durchherrscht«. Im Wettstreit um griffige Vokabeln, mit denen sich Forschungsprogramme drapieren lassen, haben sich Gegner wie Befürworter der »Empfehlungen« begrifflich auf den »durchherrschten Alltag der DDR« festgelegt. Neuerdings versucht man auch, ihn in einer Art *Parallelperspektive* zum (nicht durchherrschten?) bundesdeutschen Alltag zu betrachten, ihn mit diesem *verflochten* – freilich »*asymmetrisch verflochten*«, was immer das heißen mag<sup>22</sup> – zu begreifen. Will sagen: DDR-Geschichte sollte nicht bloß neben die bundesdeutsche Geschichte gestellt, sondern in beiderseitiger historischer Beeinflussung und vor dem Hintergrund säkularer Trends gedeutet werden.

»Durchherrscht« setzt voraus, es gibt das Verb »durchherrschen«. Doch weist der DUDEN nur »herrschen« mit den Vorsilben »be« und »vor« aus. Die neue Wortschöpfung ist sinnfälliger Ausdruck verbreiteter Hilflosigkeit, die schon »Durchherrschung« hervorbrachte. Künftig wird wohl auch von Durch-Herrschern die Rede sein ... Was ist denn gemeint? Daß die Herrschaftsverhältnisse in der DDR alle gesellschaftlichen Bereiche mehr oder minder stark beeinflussten, auch Verhaltensweisen im Privaten und Familiären. Doch in diesem Sinne ist jede moderne Gesellschaft »durchherrscht«, hierin muß man den Sabrow-Kritikern schon recht geben. Freilich läßt sich das nicht als Argument gegen die Alltagsforschung benutzen, und schon gar nicht lassen sich »Weichspül«-Absichten unterstellen. Einige Liebhaber des Wortes tun ja im Gegenteil sogar so, als könnten sie mit einem lautmalenderisch »starken« Wort die, wie es heißt, angestrebte Totalität der Herrschaft deutlich machen. Andere gebrauchen »durchherrscht« gerade im Sinne von »nicht völlig beherrscht«. Einige meinen, mit »durchherrscht« ließe sich ausdrücken, daß diese Herrschaft nach und nach aufgebaut wurde. So soll ein sprachliches Konstrukt als Zugang zum unterschiedlich fokussierten Forschungsgegenstand dienen. Tatsächlich aber kommt hier nur terminologische Unschärfe zum Ausdruck. Max Weber hinterließ weder eindeutige noch schlüssige Definitionen von »Macht« und »Herrschaft«, doch er kam mit diesen Worten bei seinen allgemeinen Betrachtungen in einer Weise aus, wie es in der konkreten Beschreibung des SED-Regimes heute durchaus beispielgebend sein könnte.

»Wem zum Alltag nur ›Durchherrschung‹ einfällt, der hat von der Struktur der DDR-Gesellschaft noch wenig verstanden; er sieht nur die Institutionen, nicht das Verhalten, das sie unterlief und aushöhlte«, schreibt Klaus Wolfram, der den Zugang zu widerständischem Verhalten vermißt.<sup>23</sup> »Durchherrschung« läßt aber noch mehr vermissen, sogar im Bereich von Institutionen. Beispielsweise »Entherrschung«, um noch bei dem Ausdruck zu bleiben. »Entherrschung« als von den Machthabern gewollter Rückzug aus zuvor herrschaftlich stärker durchdrungenen oder sogar in ihrem Fortbestand bedrohten Bereichen. Rückzug im Interesse von Machterhalt, als Ergebnis von Herrschaftserfahrung, als Ausdruck von Einsicht in

DDR-Erinnerung, a. a. O., S. 422-427, hier S. 426.

21 Ebenda, S. 427.

22 In der auf Christoph Kleßmann zurückgeführten »asymmetrisch verflochtenen Parallelgeschichte« tut sich ein weiterer Raum für Sprechblasen auf. Die Politikwissenschaft kennt asymmetrisch-interdependente Aktionszusammenhänge ungleichgewichtig kooperierender Akteure, etwa in der Zusammenarbeit einer Großmacht mit einem Partner, der weniger Gewicht im Bündnis hat. Wenn das auf die DDR und die BRD Anwendung finden soll, muß geklärt werden, auf welchen Aktionszusammenhang sich denn hier »Gewicht« bezieht. Hatte der eine Teil etwa per se (wegen seiner Größe?) mehr Gewicht in der Nationalgeschichte? Begründet eine im Vergleich stärkere Volkswirtschaft mehr Gewicht in zweiseitigen Beziehungen, wenn die Abhängigkeiten der beiden Partner von Dritten und Vierten eher entscheidend sind?

23 Klaus Wolfram: Drei Defizite im Fortgang der Aufarbeitung, internet-version, [www.havemann-gesellschaft.de/info233.htm](http://www.havemann-gesellschaft.de/info233.htm)-10k, Januar 2007.

die Notwendigkeit, etwas mehr Freiraum für Selbstverwirklichung gewähren zu müssen, den Beherrschten nicht nur als »Zuckerbrot« gereicht, sondern in Reaktivierung eines kümmerlich zwar, aber immerhin vorhandenen emanzipatorischen Restanliegens bei den Machthabern. Nehmen wir nur die Kirchenpolitik: »Kirche im Sozialismus« – undenkbar in den 50er Jahren! Am Ende sollen die privaten Freiräume in der DDR ja größer gewesen sein als zu Beginn ...

Nein, mit »durchherrschtem Alltag« wird wahrlich kein Weg zum Verständnis des DDR-Alltags vor dem Hintergrund gesamtdeutscher Geschichte geebnet.

### 3. *Erinnern und vergleichen*

Michael Schwartz und Hermann Wentker erklärten, auf DDR-Vergangenheit bezogen, der Vergleich sei »eine legitime Methode der Forschung, aber kein sinnvoller Ansatz der Erinnerungspolitik.« Es drehe sich »um die entscheidende Frage, ob eine internationale Vergleichsperspektive – jenseits ihrer wissenschaftlichen Anwendung – im Zentrum öffentlicher Erinnerung an die SED-Diktatur stehen soll. Während die Wissenschaft alle Optionen nutzen kann und soll, muß es bei öffentlichem Gedenken primär um die Würde der Opfer der SED-Diktatur gehen.«<sup>24</sup>

Die Fragen nach dem Sinn von Vergleichen in der aktuellen Erinnerungspolitik und nach dem Zweck von öffentlichem Gedenken sind keine identischen Fragen. Indes, von Schwartz und Wentker so in eine Argumentation eingebunden, lassen sie den Eindruck entstehen, die beiden sähen bei Anwendung vergleichender Fragestellungen in der Erinnerungspolitik die Würdigung von Opfern der Diktatur und von widerständischer Leistung in der DDR gefährdet. Es besteht kein Anlaß, hier erneut auf Klärung der Begriffe »Vergleichen« und »Gleichsetzen« zu drängen, denn die Verfasser der zitierten Textstelle kennen den Unterschied. Vergleichen meint bei ihnen tatsächlich vergleichen. Umso seltsamer nimmt sich das Argument aus, eine vergleichende Perspektive, gar eine *internationale* (keine deutsch-deutsche!), würde dem Ansehen der Opfer der DDR-Diktatur nicht gerecht werden. Die Weigerung, vergleichende Betrachtungen auch in einer – in diesem Fall auf die DDR-Geschichte bezogenen – öffentlichen Erinnerung gelten zu lassen, korrespondiert mit dem Vorwurf der Verharmlosung der DDR-Geschichte durch Alltagsgeschichte.

Zunächst erhebt sich doch die Frage, was unter *Erinnerungspolitik* verstanden wird. In der zitierten Gedankenführung steht sie synonym für *Politik im Interesse öffentlichen Gedenkens*. Es spricht aber einiges dafür, *Erinnern* und *Gedenken* voneinander zu trennen. *Erinnerungspolitik* als Politik, die öffentliche Rückbesinnung in politisch relevante Fragenzusammenhänge bringt und die Kommunikation entsprechend fördert, bis in den privaten Bereich hinein, muß tatsächlich ganz entschieden berücksichtigen, daß ihr Ziel nicht in einer einheitlichen oder gar geschlossenen Gesamtaussage bestehen kann (siehe Eingangszitat). Ihr oberstes Anliegen muß es – heute und bezüglich der DDR-Vergangenheit – sein, die »Spaltung des deutschen Vergangenheitsdiskurses in ein öffentliches Diktaturgedächtnis und ein privates Lebensgedächtnis« zu verhindern.<sup>25</sup> Im öf-

24 Michael Schwartz, Hermann Wentker: Kein Konsens, in: *Wohin treibt die DDR-Erinnerung*, a. a. O., S. 422-427, hier S. 425.

25 Heinz Niemann: Wer jagt den rosaroten Panther? Der Historiker-Streit um die DDR: Differenzierung, Trivialisierung oder Dämonisierung, in: *Neues Deutschland* v. 4. November 2006, abgedruckt in: *Wohin treibt die DDR-Erinnerung*,

fentlichen *Gedenken* als politisch gelenkter, von Verantwortung getragener, öffentlicher *Würdigung* von Vergangenem indes, welche bestimmte Werte in der Gesellschaft festigt und Maßstäbe für heutiges Handeln setzt, wird sich politischer Wille stärker artikulieren. Erinnerungspolitik beeinflusst über Würdigungs- und Gedenkvorhaben hinaus auch Bildungspolitik, ermuntert Wissenschaft und Kunst zum Dialog. In beidem, Erinnern und Gedenken, sind Vergleiche zuzulassen, ja zu suchen. Erinnerung vergleicht, Erinnerungswissenschaft vergleicht, warum sollte Erinnerungspolitik Vergleiche abschließen?

a) ERINNERUNG vergleicht. Sie tut dies per se, weil sie als geistiger Vorgang der Selbstvergewisserung und des Zeugnisablegens auf einen Vorrat an Begriffen, Sinngebungen und Wertungen zugreift, der dem Sozium Mensch nun einmal infolge verschiedener Denkleistungen, darunter Vergleiche, zur Verfügung steht. Oral History, der es ja primär um *Erfahrung* und erst in deren Kontext um *Ereignisse* geht, weiß das zu berücksichtigen und zu nutzen. Vergleiche machen einen Großteil unserer verbalen und bildhaften Kommunikation aus.

Wer beobachten will, wie stark die DDR in einer Vergleichsperspektive erinnert wird, braucht nicht lange zu suchen. Nicht nur die Medien, die Lehrprogramme und die politische Bildung bieten Vergleiche. Durch diese angeregt und ermuntert, suchen auch die familieninterne Überlieferung, der private Rückblick im Freundeskreis und die ganz individuelle Erinnerung stets Analogien und Unterschiede: Zwischen der alten DDR- und der neuen gesamtdeutschen Erlebniswelt, zwischen der DDR-Erfahrung und der in anderen vormaligen Ostblockländern, schließlich zunehmend und erfreulicherweise auch mit ganz weitem Blick über den europäischen Tellerrand hinaus zwischen verschiedenen modernen Gesellschaften. Nur so kann vergangenes Leben bewertet werden. Hinzu kommt, daß Erinnerung an die DDR seit deren Zusammenbruch auch die Erinnerung an DDR-Umgang mit Vergangenheit einschließt, quasi »Erinnerung an Erinnerung«. Mit ihrer Studie zur Sicht der Deutschen auf ihre NS-Vergangenheit haben die Autoren des Buches »Opa war kein Nazi«<sup>26</sup> vorgeführt, daß auch diese zweistufige Erinnerung an historisch lange Abgeschlossenes politisch brisant sein könnte, zumindest aber für aktuelle Kommunikations- und Identifikationsbedürfnisse im wiedervereinigten Deutschland bedeutsam ist. Erinnerung der Vergleichsperspektive zu berauben ist also schlicht unsinnig.

b) ERINNERUNGS(ERFAHRUNGS)WISSENSCHAFT vergleicht daher nicht nur, weil sie als Wissenschaft – um mit Schwartz und Wentker zu sprechen – »alle Optionen nutzen kann und soll«. Aufgabe der Erinnerungswissenschaft ist es, Faktoren und Komponenten des Erinnerns in ihrem Bedeutungswandel zu untersuchen. Sie findet – u. a. über Vergleiche – heraus, wie Milieus und Familienbande, Bildung, Beruf und Alter die Rückschau bestimmen, wie Erinnerung und Erfahrung korrespondieren. Dabei ist diese Forschung gewissermaßen von ihrem Gegenstand her auch dazu verpflichtet, unterschiedliches Erinnern nicht zuletzt als *unterschiedlich vergleichendes Erinnern* zu untersuchen. In bezug auf die Erinnerung an die DDR wird das heute noch zu wenig getan. Die Autoren

a. a. O., S. 363-367, hier S. 366.

26 Harald Welzer, Sabine Moller, Karoline Tschuggnall: Opa war kein Nazi. Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis, Frankfurt am Main 2002.

von »Opa war kein Nazi«, beispielsweise, haben diesen Aspekt in ihrer Studie vernachlässigt. So genügt es eben nicht festzustellen, daß sich ostdeutsche Erinnerung an die DDR sehr viel häufiger des Vergleichs zur NS-Diktatur bedient, als es westdeutsche Bemerkungen zur untergegangenen DDR tun. (Obendrein schließt die Studie in unzulässiger Weise von wenigen Interviews auf »die ostdeutsche Erinnerung« und geht der Frage aus dem Weg, wie es sich auswirken kann, wenn Ostdeutsche ausschließlich von Westdeutschen befragt werden.) Den Ursachen solchen Vergleichens muß wissenschaftlich nachgegangen werden. Dafür bieten sich unter anderem Paralleluntersuchungen über Rückblicke in anderen Ländern und Kulturen an. Etwa Studien zur Erinnerung im heutigen Ungarn oder in Kroatien, wo die Konstellationen ähnlich sind, d. h. wo die Vergleichbarkeit nicht etwa durch (vermutlich) überwiegend positive, patriotische Erinnerungen an die Zeit vor dem Realsozialismus gemindert ist.

c) ERINNERUNGSPOLITIK muß all dem Rechnung tragen. Sie würde sich notwendiger Vermittlungs- und Einflußmöglichkeiten berauben, wenn sie Vergleiche nicht zuließe, Deutungen nahelegen würde, ohne auf die Vergleichbarkeit einzugehen. Unlängst hat die Politik die große Perspektive sogar zu einem neuen, wichtigen Gesichtspunkt erklärt, der die internationale Kommunikation erleichtern und Ängste im Ausland abbauen sollte: nämlich bei der Ausstellung »Erzwungene Wege« zur Geschichte von Vertreibungen. Namhafte Wissenschaftler haben das Anliegen unterstützt, und vermutlich wird die Ausstellung nun den Grundstock einer künftigen Forschungseinrichtung in Berlin bilden.

Gewiß, *wie* die von Politik protegierten Vergleiche ausfallen, ist eine andere Frage, und man könnte gerade die genannte Ausstellung als Beispiel dafür anführen, daß öffentlich, also politisch »gedelte« Parallelen auch bildungspolitisch kontraproduktiv sein können. Sollten Schwartz und Wentker dies im Auge gehabt haben? Kaum, denn sonst würde ihre Forderung nach mehr Opfergedenken nicht so energisch sein. Die Gefahr fehlgeleiteter Rückbesinnung besteht aber gerade beim Thema Opfer und Gewalt!

Wer heute noch mehr Würdigung für die Opfer der SED-Diktatur wünscht, scheint sich der Tatsache (und der DDR-Erfahrung) nicht bewußt zu sein, daß eine ununterbrochen auf Schrecken und Betroffenheit setzende Gedenkstättenpädagogik letzten Endes viel Überdruß erzeugt. Unter Schülern und Studenten der Bundesrepublik deutet er sich heute bereits an. Die Erziehungs- und Konfliktforschung hat das erkannt, und in einigen Gedenkstätten beginnt man, dies konzeptionell umzusetzen.<sup>27</sup> Dagegen meinen einige Streiter für mehr *Opfergedenken*, die notwendige Schlußfolgerung aus zu wenig Interesse für das »SED-Unrechtsregime« seien mehr Gedenkort und kostspieligere Inszenierungen bis hin zu zweifelhaften (weil nicht hinlänglich verifizierten) Rekonstruktionen von Stätten des Grauens.

Niemand kann ernsthaft behaupten, der Opfer der SED-Diktatur würde in der Bundesrepublik und insbesondere in den neuen Bundesländern nicht umfänglich und vielfältig gedacht. Und es ist absurd, in jedem Wunsch nach mehr Differenziertheit in den Bildern und Texten sowie nach vergleichenden Sichtweisen sofort die Ten-

27 Das wurde kürzlich auf einer Internationalen Begegnung zur Zeitgeschichte (Berlin-Brandenburgisches Forum zur zeitgeschichtlichen Bildung), veranstaltet von der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, deutlich. Hier überzeugte insbesondere der Vortrag »Gewaltbelastete Geschichte – Herausforderung für die Gegenwart« von Jörg Lüer, Generalsekretär der Deutschen Kommission Justitia

denz zur Schönfärberei, gar eine wachsende Tendenz, zu sehen. Damit sind wir vollends bei den politischen Fragen unserer Zeit. Sie stellen sich für Wissenschaftler, die sich der DDR-Opposition und den Bürgerbewegungen zurechneten, offensichtlich auch unter dem Gesichtspunkt der Akzeptanz ihrer Widerstandsleistung. Sie müssen sich allen Wissenschaftlern aber ebenso unter dem Gesichtspunkt der Wirksamkeit ihres beruflichen Engagements stellen. Die Argumentation von Schwartz und Wentker läuft darauf hinaus, wissenschaftliche Erkenntnisse zuzulassen, sie aber – aus irgendwelchen moralischen Bedenken heraus – nicht oder nur begrenzt öffentlichkeitswirksam zu machen.

Aber es darf keine politisch motivierten Tabus für Erinnerung und keine für demokratische Erinnerungspolitik geben. Gerade falsche (verkürzte, einseitige, geschönte, verzerrte) Erinnerung braucht doch die Konfrontation nicht so sehr mit der akademischen Weisheit, als mit der *anderen* Erfahrung. Das muß man als Historiker aushalten können. Die letzten Jahre zeigten außerdem: Die Gefahr der Verarmung bei der Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur ist in erinnerungsorientierten Begegnungen von Nichtprofessionellen nicht größer als die Gefahr politisch motivierter Überzeichnung unter den Professionellen. Trivial kann es hier wie dort zugehen.

#### 4. Öffentliches Erinnern und Gedenken

In letzter Zeit ist viel von dauerhaftem öffentlichem Erinnern die Rede. Manchen ist das nur in Form von Mahnmalen vorstellbar. Die Expertenkommission mußte sich auch dazu äußern und erklärte, es fehle an »*einem Ort in der Hauptstadt, der die Machtmechanismen der SED-Diktatur und die (wechselseitige) Durchdringung von Herrschaft, Gesellschaft und Widerstand in der kommunistischen Diktatur darzustellen vermag*«. <sup>28</sup> Stärker sollten die alltäglichen Erfahrungen und Zusammenhänge thematisiert werden. Wie sollte ein solcher Ort beschaffen sein, welche Stimmung sollte er ausstrahlen?

»*Fehlendes Wissen und Privatisierung der Erinnerung können nur durch eine systematische Auseinandersetzung mit der ostdeutschen Vergangenheit – auch im Kontext der westdeutschen Parallelgeschichte – überwunden bzw. ergänzt werden*«, schrieb Hans-Jürgen Misselwitz bereits 2002. »*Generell bedarf es dazu eines Klimas der Respektierung unterschiedlicher Erfahrungen wie unterschiedlicher politischer Kontexte – eine Grundvoraussetzung, die gerade demokratische politische Bildung in der Praxis auszeichnet. Im Unterschied zur juristischen Aufarbeitung, politischen Auseinandersetzung und öffentlichen Wertung moralisch-politischen Versagens bietet politische Bildung die Möglichkeit, im Respekt vor den und mit Einfühlungsvermögen in die geschichtlichen Umstände Einsichten zu liefern, die Betroffene und Nichtbetroffene teilen und so zum Bestandteil der kollektiven Erinnerung, zu Aspekten einer gemeinsamen Geschichte machen können.*« <sup>29</sup>

Gedenkpolitik muß in eine solche politische Bildung eingebunden sein. Gedenken heißt dann zum einen POSITIVES WÜRDIGEN, heißt BESTIMMTE HALTUNGEN UND HANDLUNGEN ALS VORBILDICHE HERAUSSTELLEN. Diktatur-Erfahrung auf Opfer-Erfahrung reduziert, ist dazu nur bedingt brauchbar, denn

et Pax, Berlin, am 24. November 2006.

<sup>28</sup> Empfehlungen der Expertenkommission, in: *Wohin treibt die DDR-Erinnerung*, a. a. O., S. 33.

<sup>29</sup> Hans-Jürgen Misselwitz: *Aufbau Ost*, zweite Hälfte – Eine neue Agenda für die politische Bildung, in: APuZ B 45/2002

(Internetversion).

Herausforderungen wie im »Stasiknast« oder auf einem verminten Grenzstreifen dürfen die meisten jungen Leute heute zu Recht für sich ausschließen. Zugleich bedarf das notwendige Opfergedenken keiner Moralkeulen, die man bald nur noch routinemäßig schwenken würde. Opfergedenken heißt TRAUERN, heißt SCHULD ERKENNEN, heißt STÄNDIG AUFS NEUE NACH BEZÜGEN ZUR GEGENWART FRAGEN. Dafür soll es verschieden erlebbare Gedenkorte geben. Mit einer darüber hinausgehenden Erinnerungskultur wird der Würde der Opfer kein Abbruch getan.

Unstrittig ist, daß öffentliches Gedenken mehr als die Errichtung von Gedenkstätten und die Markierung von »Gedenkorten« sein kann und muß. Künstlerisch-Ästhetisches bleibt mehr oder minder weit verhandelbar, nicht so der Zweck einer Gedenkstätte oder eines Erinnerungsortes. Die Forderung nach *Mahnmalen* korrespondiert mit der oben zitierten Vorstellung, Erinnerung und öffentliches Gedächtnis hätten ausschließlich den Opfern von Gewalt und dem aktiven Widerstand zu gelten. Dabei haben Menschen in Deutschland, in West- wie Ostdeutschland, dringend auch andere Erfahrungen zu bewahren und sie an die nächsten Generationen weiterzugeben, so die im Kennenlernen anderer Kulturen, die im Aushandeln von »Generationenverträgen«, die im zivilen Ungehorsam (was nicht identisch sein muß mit Opfererfahrung), die in öffentlicher Katastrophenbewältigung, die mit einer belasteten Umwelt ... Diese und andere Erfahrungen sollten als zumeist hart erarbeitete Erfahrung vermittelt werden. Und warum könnten nicht weitgehend unpolitische Lebensleistungen in der DDR als Leistungen in Lohnarbeit, selbständigem Gewerbe und Familie eine Würdigung erfahren? Die ostdeutschen Leistungen in Kunst und Architektur, Wissenschaft, Technikentwicklung und Medizin finden doch auch zunehmend wieder (!) Beachtung, selbst wenn das einigen Leuten nostalgisch vorkommt und gegen den Strich geht.

Es böte sich an, eine der zahllosen ostdeutschen Industrie-Ruinen als ein MUSEUM DER DDR-ARBEITSWELT einzurichten. Neben der Darstellung von Arbeitswegen, Berufsbekleidung und Technik, Arbeitsinhalten und -produkten (so wie sie beispielsweise das Museum der Arbeit in Hamburg ausstellt) würde ein solches Museum den DDR-Spezifika sozialer Beziehungen gerecht werden müssen und sowohl »Bindungskräfte« als auch Formen der Benachteiligung, Ausgrenzung und Repression zeigen.

In nachgestellten überalterten und in hochmodernen Hallen könnte man stupide wie auch interessante Arbeitsplätze zeigen, in Kabinetten der Partei- und der Gewerkschaftsleitung die Wettbewerbstafeln, Brigadetagebücher und Betriebszeitungen ausstellen. Planungsprozesse und Prämiensysteme wären verständlich zu machen, zugleich Folgen von Planverzug und Planbetrug. Man erführe etwas von Patenschaftsverträgen mit Schulklassen und vom »Tag in der sozialistischen Produktion«. Ein Raum wäre den Betriebsberufsschulen gewidmet, ein anderer der Frauenarbeit in meist Niedriglohn-Tätigkeit, wo aber auch auf branchenspezifische (für die Bundesrepublik untypische) Berufsausbildung und auf zunehmend mehr Frauen in mittlerer Verantwortung in Produktion und Verwaltung hinzuweisen wäre. Hier würden interne Lohnkämpfe und Privilegien der »Lei-

tungskader« thematisiert werden. Von in die Produktion verbannten, strafversetzten Studenten wäre zu berichten, genau wie von den im Kollektiv zu erziehenden Vorbestraften, von Ernteeinsätzen und von stereotypen Demonstrationen am 1. Mai, denen sich immer mehr Menschen entzogen. Weitere Themen wären Betriebskindergärten und Betriebspolikliniken, Umweltschäden und teils fahrlässiger Arbeitsschutz, Kampfgruppen und Zivilschutz, Arbeiterfestspiele, »Solispenden« ... nicht nostalgisch verklärt dargeboten, sondern mit der gebotenen Kritik an Illusionen, ideologischer Überfrachtung, Routine und Machtmißbrauch. Wer kann sich heute schon vorstellen, wie unterschiedlich die Begegnungen mit sowjetischen Bestarbeitern in den 50er und in den 70er Jahren verliefen, wer weiß schon, was die »Schwedter Initiative« war! Muß ein Zeitgenosse *das* von der DDR wissen? Er sollte es erfahren können. Und er muß es wissen dürfen!

*Schluß: Erinnerungspolitische Verantwortung*

Die Expertenkommission hat der Stiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur einen zentralen Platz bei der erinnerungspolitischen Neukonturierung eingeräumt. Doch stellt sich die Frage, ob die Konzipierung und Errichtung eines Erinnerungsortes im eben skizzierten Sinne von der Stiftung Aufarbeitung geleistet werden kann, ob sie derlei überhaupt will. Die in der Stiftung bestehenden Vorstellungen von Gedenken, dargelegt etwa im Dokumentationsprojekt »Erinnerungsorte an die kommunistischen Diktaturen im Europa des 20. Jahrhunderts« (datiert 12. 2. 2006), sind dermaßen auf Stätten der Verfolgung und des Völkermords in sogenannten kommunistischen Regimes, auf authentische Stätten des Leidens und des Widerstandes konzentriert, daß selbst das von der Expertenkommission vorgeschlagene Konzept »Herrschaft – Gesellschaft – Widerstand« nur wenig Anknüpfungspunkte findet. Die Stiftung meint, der »Topographie der Erinnerung« – auch in den jeweils nationalen und regionalen Erinnerungsdiskursen – mit Orten des Gedenkens an politische Repression und Verfolgung, an Opfer und Widerstand sowie »an die Überwindung der kommunistischen totalitären Systeme durch die Revolutionen 1989/1991« genügen zu können. Zwar gibt es hier auch erfreulich differenzierende Ansichten, wie die von Bernd Faulenbach, doch dem entsprechen die Gedenkkonzepte der Stiftung nicht. Daß die Expertenkommission und einige namhafte Befürworter ihrer Pläne die Stiftung als institutionellen Träger eines »Forums Aufarbeitung« empfahlen, wird wohl als Ausdruck eines internen Kräfteverhältnisses gewertet werden müssen, bei dem als »Erinnerung an die DDR« auch künftig vor allem Opfer- und Widerstandserfahrung gelten wird. Die geplanten »zentralen Lern- und Erinnerungsorte zur alltäglichen Diktaturerfahrung«<sup>30</sup> werden Erfahrungen ausschließlich als Erfahrungen der Opfer der Diktatur und darüber hinaus kaum Erinnerungs- und Gedenkwürdiges vermitteln.

Ein Jahr ist seit der heftigen Debatte ins Land gegangen. Erneut sieht es so aus, als strebten in der Vergangenheitsaufarbeitung engagierte Volksvertreter endlich politische Entscheidungen an. Doch was die inhaltlichen Fragen anbelangt, besteht kein Grund zu weniger Skepsis.

30 Siehe u. a. Mitteldeutsche Zeitung v. 6. Juni 2006; Sächsische Zeitung v. 7. Juni 2006; Süddeutsche Zeitung v. 8. Juni 2006.

JOHANNES SCHILLO

## Humba Humba DäDeRä

Die politische Bildung bewältigt das Unrechtsregime mit drei Buchstaben

Auf die Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte als Aufgabe der politischen Bildung im vereinigten Deutschland wird wieder besonderer Nachdruck gelegt, noch bevor die Jahre 2009/10, dem Brauch der runden Jahreszahlen folgend, größere geschichtspolitische Inszenierungen erwarten lassen. Verschiedene Gremien und Studien haben Bedarf angemeldet, Debatten im politischen Raum, so auch in der Linkspartei, haben das Ungenügen der bisherigen Aufarbeitung thematisiert, und daneben kümmern sich die größten Bildungsträger der Nation, die Massenmedien, unverdrossen darum, dass »das Leben der Anderen« im anderen deutschen Staat nicht in Vergessenheit gerät oder in Ostalgie versackt. Hier eine Übersicht zum Sach- und Diskussionsstand vor allem in der breit gefächerten außerschulischen politischen Bildung – mit einigen Hinweisen zu den problematischen Punkten dieser Vergangenheitsbewältigung Nr. 2.

Johannes Schillo – Jg. 1949, freier Journalist mit den Schwerpunkten Bildung und Kultur, Redakteur der Fachzeitschrift »Praxis Politische Bildung«.

1 Sigrid Biskupek: Transformationsprozesse in der politischen Bildung – Von der Staatsbürgerkunde in der DDR zum Politikunterricht in den neuen Ländern, Schwalbach/Ts. 2002; vgl. auch Johannes Schillo: Wer transformierte wen?, in: Zukunftswerkstatt Schule, September/Oktober 2002.

2 In der Weiterbildungs-szene verlief der Prozess etwas umständlicher. Bei Workshops und Konferenzen wurde etwa zur Sprache gebracht, dass sich die Bürger im Beitrittsgebiet weiterhin als Objekt einer staatsbürgerlichen Betreuung sehen und dass diesem Eindruck entschieden ent-

### *Vorgeschichte*

Heute ist es eine Selbstverständlichkeit, dass die DDR Objekt einer Veranstaltung ist, die von der siegreichen Bundesrepublik einem untergegangenen Regime gewidmet wird – mittlerweile weniger mit dem Strafrecht und mehr als allgemeine Bewusstseins- und Meinungsbildung, speziell in den politisch bildenden Abteilungen von Geschichtsunterricht, Sozial- oder Gemeinschaftskunde der Schulen und in den diversen Institutionen der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung. Ganz so selbstverständlich war das in den Zeiten der Wende nicht. Damals gab es auch die Hoffnung, aus der DDR-Pädagogik könnten Impulse in die gesamtdeutsche Bildungsarbeit eingehen, vielleicht sogar einiges aus der Vergangenheit des westdeutschen Staates zu bewältigen sein. Statt dessen vollzog sich ein »Transformationsprozess«, den die Politikwissenschaftlerin Sigrid Biskupek in ihrer schulpädagogisch orientierten Analyse<sup>1</sup> als einen weit gehenden bundesdeutschen »Vereinnahmungsprozess« beschrieb: Die Transformation habe sich insgesamt in einem »Spannungsverhältnis zwischen Demokratisierung und Kolonialisierung« vollzogen, wobei in der ersten Phase bis zu den Volkskammerwahlen vom März 1990 die Rolle der ostdeutschen Akteure, gespeist durch Bürgerbewegung und Vorstellungen eines alternativen, demokratisierten Sozialismus, von einem gewissen Einfluss gewesen sei.<sup>2</sup>

Die Vereinigungsgeschichte ist schlussendlich andere Wege gegangen. Das Fazit von Biskupeks Arbeit läuft darauf hinaus, dass auf

der administrativen und politikdidaktischen Ebene der westdeutsche Staat die Bedingungen setzte, also kolonialisierte, und dass auf der ausführenden Ebene dem pädagogischen Personal gewisse Freiheiten gelassen wurden, dies mit den Idealen eines emanzipatorischen Unterrichts auszufüllen. Zugespißt gesagt: Die maßgeblichen Entscheidungen wurden per Machtfrage getroffen, die Universitäten gesäubert und mit dem westdeutschen Pluralismus gleichgeschaltet, also mit loyalem Personal besetzt; die ausführenden Lehrkräfte durften sich eine flexible Ausgestaltung ihrer Rolle leisten, so dass diese nicht einfach als Transmissionsriemen der neuen Vorgaben, sondern als Einlösung einer lange unterdrückten zivilgesellschaftlichen Hoffnung erschien. Klaus Peter Wallraven hat sich in seinem »Handbuch politische Bildung in den neuen Bundesländern« auch mit der Vorgeschichte befasst. Bei ihm geht es schwerpunktmäßig nicht um den Rückblick, er nimmt es vielmehr als vollendete Tatsache, dass sich eine politische Bildung nach westlichem Vorbild etabliert hat. »Hauptziel« der Veröffentlichung ist es, »den Kampf für die Akzeptanz der bundesrepublikanischen Demokratie in schwierigem Umfeld sichtbar zu machen«.<sup>3</sup>

Unterstellt ist damit, dass das westdeutsche Modell – notgedrungen – einen Missionierungsauftrag zu realisieren hatte. Hierbei sekundieren Autoren wie der Politikdidaktiker Wolfgang Sander (sonst ein eingeschworener Feind missionarischer Bildung), der von der Enttäuschung westdeutscher Kollegen in puncto innerdeutscher Expertendialog berichtet: Man habe einen wechselseitig anregenden Diskurs und das Öffentlichmachen bislang in den Schubladen verborgener »Konzeptideen für eine demokratische politische Bildung« erwartet – doch, Überraschung, »die Schubladen waren leer«.<sup>4</sup> Das ist wenig glaubwürdig. Wallraven selbst problematisiert in einem Schlusskapitel<sup>5</sup> den Transformationsprozess und das »Dilemma politischer Bildung«, wobei sein Plädoyer in der Tat verspätet ist: Es hätte, worauf Kritiker (Bernhard Claußen, Hans-J. Misselwitz) seinerzeit hinwiesen, durchaus eine Chance gegeben, statt der »möglichst ungeschmälerten Übertragung der Strukturen« aus dem Westen einen anderen »Entscheidungspfad«, nämlich den der west-östlichen Integration oder Neugestaltung, einzuschlagen. Doch die Chance wurde vertan, »das Gesetz des Handelns« lag »im Westen«. Wallraven erinnert an entsprechende Initiativen aus dem und für den Osten, »damit niemand später behaupten kann, es hätten keine alternativen Modelle und Ideen zur Verfügung gestanden«. Das Fazit versucht, aus der historischen Möglichkeit eine Perspektive für die Gegenwart zu gewinnen: Zwar sei der »Transformationsexpress« abgefahren, doch könne das – wie allein das Überdauern einer »ostdeutschen Identität« zeige – nicht das letzte Wort sein. »Ebenso wie der Transformationsprozess noch lange als unabgeschlossen zu gelten hat, muss auch die Entwicklung politischer Bildung weiter als offen verstanden werden.«<sup>6</sup>

### *Freiheit vs. Unfreiheit*

Das ist Historie. Wenn die Sabrow-Kommission heute von der »insgesamt gewachsenen Bedeutung der DDR-Geschichte in den schulischen Geschichtslehrplänen« spricht,<sup>7</sup> dann ist der genannte Trans-

gegen zu treten sei. Vgl. KAW – Konzertierte Aktion Weiterbildung (Hg.): Auf unterschiedlichen Wegen? Politische Weiterbildung im Prozess der deutschen Vereinigung. Tagungsdokumentation, Bonn 1996.

3 Klaus Peter Wallraven (Hg.): Handbuch politische Bildung in den neuen Bundesländern. Mit einem Geleitwort von Wolfgang Thierse, Schwalbach/Ts. 2003, S. 18.

4 Ebenda, S. 345.

5 Ebenda, S. 351 ff. Das Kapitel trägt den Titel »Nachlese, Streitschrift und spätes Plädoyer«.

6 Ebenda, S. 381.

7 Wohin treibt die DDR-Erinnerung? Dokumentation einer Debatte, hrsg. von Martin Sabrow u. a., Göttingen 2007, S. 29. Das Buch ist auch als Band 619 der Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung erschienen.

formationsprozess als fix und fertig unterstellt. Nun ist die Schulpädagogik ins Korsett staatlicher Vorgaben eingezwängt. Was aber ist mit der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung? Sie versteht sich ja in emphatischer Weise als Forum zivilgesellschaftlicher Aktivität, und die in »freier« Trägerschaft, also im Rahmen gesellschaftlicher, parteinaher, verbandlicher, kirchlicher, gewerkschaftlicher etc. Initiativen tätigen Pädagoginnen und Pädagogen sehen sich geradezu im Gegensatz zu einer »staatlich angeordneten« Bildung und somit per se als Gegenbild zur verstaatlichten DDR-Pädagogik, wie es jüngst die Erwachsenenbildner Heidi Behrens, Paul Ciupke und Norbert Reichling in einer einschlägigen Studie<sup>8</sup> formulierten. Die Autoren stammen aus dem Bildungswerk der Humanistischen Union in Nordrhein-Westfalen, das in der historisch-politischen Bildung einen Schwerpunkt setzt. Sie hatten bei der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur einen Antrag zur Aufarbeitung der Erwachsenenbildungsszene gestellt und erhielten den Auftrag, die Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte in den Angeboten von Akademien, Bildungswerken, Volkshochschulen und parteinahen Stiftungen der Jahre 1990 bis 2005 zu untersuchen.

Die Studie wurde zum Sommer 2006 vorgelegt<sup>9</sup> und ist zur Grundlage verschiedener Beratungen geworden, die inzwischen auch zu neuen Anstößen für die Bildungsarbeit geführt haben. Als Gesamttrend muss man der Studie zufolge konstatieren, dass es in der außerschulischen Bildung zwar eine stattliche Anzahl von qualifizierten Bildungsangeboten zur DDR-Geschichte gibt, aber in vielen Gegenden und Einrichtungen auch eine auffällige Nichtbeachtung sowie ein deutlicher Angebotsrückgang seit dem Jahr 2000 zu verzeichnen sind. Als gegenläufige Entwicklung lässt sich festhalten, dass im Lauf der Jahre eine Ausdifferenzierung von Themen, Zugängen und Arbeitsformen stattgefunden hat und dass die Auseinandersetzung mit der Zeitgeschichte insofern auf eine breitere Grundlage gestellt worden ist.

Thematisch fallen die meisten Veranstaltungen (50 Prozent) unter die Obertitel »Vereinigung und Folgen« und »Regionale Erkundungen«. Die Autoren erkennen hierin das besondere Profil der Erwachsenenbildung, die nicht nur Spezialisten und vorinformierte Personen erreiche, sondern für einen breiten Teilnehmerkreis niedrigschwellige Angebote mache. Verfehlt sei nämlich die Annahme, wie die Studie ausdrücklich vermerkt, dass sich Veranstaltungen der Erwachsenenbildung ausschließlich aus den wissenschaftlichen Ergebnissen der DDR- und Kommunismusforschung ableiten ließen: »Die Popularisierung wissenschaftlichen Wissens spielt sicher eine wichtige Rolle, aber Träger und Pädagogen bringen ihre spezielle Sicht und ihren politischen und weltanschaulichen Hintergrund, ihr Alltags- und Professionswissen ebenfalls mit ein (...) Die Teilnehmer müssen freiwillig kommen und wollen zumeist ein lebendiges Seminar, das ihnen auch Möglichkeiten der Selbstaktivierung bietet.«<sup>10</sup>

Die Verbindung von Gegenwarts- und historischen Fragen und die Befassung mit der Zeitgeschichte im Kontext aktueller Probleme sollte als eine selbstverständliche Form des Lernens akzeptiert werden – dies markiere nämlich den »Unterschied zwischen einer freiheitlichen politischen Bildung und einer staatlich angeordneten po-

8 Heidi Behrens, Paul Ciupke, Norbert Reichling: Die Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte in der politischen Erwachsenenbildung, Essen 2006; mit beigefügter Kurzfassung. Studie des Bildungswerks der Humanistischen Union (HU), im Internet unter: [www.hu-bildungswerk.de](http://www.hu-bildungswerk.de). – Vgl. den Aufsatz Heidi Behrens, Paul Ciupke, Norbert Reichling: Mehr als eine »Fußnote« – DDR-Geschichte in der politischen Erwachsenenbildung, in: Praxis Politische Bildung 4/2006.

9 Vgl. auch Johannes Schillo: Good bye DDR, in: Erwachsenenbildung 4/2006.

10 Heidi Behrens, Paul Ciupke, Norbert Reichling, a. a. O., S. 70.

litischen Erziehung«. <sup>11</sup> Eine solche Zusammenfassung kann man als Leistungsbilanz der Erwachsenenbildung gelten lassen, als (bildungs-) politische Einschätzung ist sie fraglich, und zwar aus mehreren Gründen. Auch die hiesige Weiterbildung steht und sieht sich in »öffentlicher Verantwortung«, speziell in ihren politischen, kulturellen und »allgemeinen« Abteilungen (während die berufliche sich mehr dem Kapital verpflichtet fühlt). Die Bundeszentrale für politische Bildung z. B., die die politische Erwachsenenbildung fördert, ist laut Erlass (vom 24. Januar 2001) darauf festgelegt, mit ihren Maßnahmen »das demokratische Bewusstsein zu festigen«, und hat diese Aufgabe in den Richtlinien für die von ihr anerkannten Bildungsträger spezifiziert. Und die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur legt als »bundesunmittelbare Stiftung des öffentlichen Rechts« für jeden, der es noch nicht wissen sollte, ganz unmittelbar fest, wo die Grenze zwischen Demokratie und Diktatur verläuft – zwischen hüben und drüben, zwischen Bundesrepublik und DDR (die deshalb auch immer nur als Kürzel auftreten darf).

### *Beispiel Überwachungsstaat*

Dies lässt sich auch daran ablesen, wie die Bundesstiftung, die staatlicherseits die Untersuchung angeordnet, nämlich über die Vergabe von Forschungsgeldern hoheitlich verfügt hat, die Resultate bewertet. Die Stiftung hält als erstes, positiv gemeintes Bildungsergebnis fest, dass in den Veranstaltungen der »Überwachungs- und Kontrollstaat« DDR kenntlich gemacht werde (Pressemitteilung vom 6. Juli 2006). Nun könnte man dem in einem sachlichen Sinne – als Auftakt zu einer Analyse der betreffenden Mittel und Ziele – zustimmen: Die DDR war ein Überwachungsstaat, derjenige Kritik, die sich nicht aufs konstruktive Mitwirken einließ, ausgrenzte, ihre Wortführer bei Renitenz schikanierte und wegen des ewig ungewissen Übergangs von der kon- zur destruktiven Kritik ziemlich flächendeckend sein Volk kontrollierte. Es stellt sich nur die Frage, ob dies Anno Domini 2006/07 die Unterscheidung zwischen Demokratie und Diktatur hergibt. Ja, man fragt sich, welcher Staat heute kein Überwachungsstaat ist. <sup>12</sup>

Man denke etwa an die Fußball-WM in Deutschland (mit Bundeswehreininsatz im Innern, flächendeckenden Geheimdienst- und Polizeikontrollen etc.), an die Fortschritte bei den Extremistendateien (siehe den Streit um die Erfassung der Religionszugehörigkeit und die Vernetzung der Dienste) oder an die Absicherung des G8-Gipfels (sogar mit einer veritablen Mauer, alias Sperrzaun), von den neuen US-Standards ganz zu schweigen, und man hat umfassende Überwachungs- und Kontrollmaßnahmen vor sich, denen sich ebenfalls das Attribut totalitär zuordnen ließe, wenn das in der Demokratie erlaubt wäre. Doch solche Vergleiche sind im vereinigten Deutschland verpönt. Die Methoden mögen sich zwar gleichen, die politischen Systeme aber muss man prinzipiell auseinander halten. Dient doch hier und heute alles dem edlen Anliegen, den Standort D in der globalisierten Welt zukunfts-, d. h. konkurrenzfähig zu machen und deswegen alle möglichen Feinde unter Kontrolle zu halten, während die DDR sich dem menschenfeindlichen Zweck verschrieben hatte, die Hauptaufgabe der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik zu lösen, und dazu keine Alternative kennen wollte.

11 Dieselben, Kurzfassung, a. a. O., S. 3.

12 Zur Situation im heutigen Deutschland vgl. Sabine Leutheusser-Schnarrenberger: Auf dem Weg in den Überwachungsstaat, in: Praxis Politische Bildung 3/2007. Bemerkenswert auch ein Vorgang aus dem Förderbereich der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, der hier nur angedeutet werden kann: Der aus der DDR-Bürgerbewegung stammenden geheimdienstkritischen Zeitschrift »Horch & Guck« wurden die Mittel entzogen. Die Zeitschrift hatte sich die Freiheit genommen, nicht nur die Zustände im Osten, sondern auch die im Westen zu thematisieren. So ging sie in Heft 56 (2006) auf die neueste Sozialfahndung im Rahmen von Hartz IV und auf Erkenntnisse der Denunziationsforschung ein (»ALG-II-Empfänger als Denunziationsopfer«). Bekanntlich werden bei der Sozialfahndung auch Kinder und Jugendliche über Bedarfsgemeinschaften etc. in der Nachbarschaft befragt, was keinen Skandal darstellt, im Unterschied zu Folgendem: In »Das Leben der Anderen« wird in einer (von Lubitsch geklauten) Schlüsselszene der Stasi-Mann gezeigt, wie er einen Jungen über die Gesinnung der Erwachsenen ausquetscht: ein Sinnbild des menschenverachtenden Charakters geheimdienstlicher Schnüffelei! – Am Beispiel »Horch & Guck« könnte man übrigens auch studieren, dass die damalige Eroberung der Stasi-Archive Anderes im Sinn hatte als ihre heute praktizierte Verwendung. Vgl. Johannes Schillo: Von der Eingemeindung einer

politischen Identität, in: Praxis Politische Bildung, 2/1999.

13 Wohin treibt die DDR-Erinnerung?, a. a. O., S. 32. Der Text der Empfehlungen ist in dem Sammelband abgedruckt, der auch die Diskussion in Presse und Fachöffentlichkeit dokumentiert.

14 Vgl. die Berichterstattung in Praxis Politische Bildung 2/2007 und 3/2007.

15 Die Studie des HU-Bildungswerks stützte sich vor allem auf Programm-Analysen, also auf die Veranstaltungsplanung, und nicht auf die Realisierung, woraus sich Unsicherheitsfaktoren ergeben – allein schon durch die Tatsache, dass nicht alle geplanten Veranstaltungen zustande kommen. Die Autoren bemängeln etwa im Fall der Rosa-Luxemburg-Stiftung, hier seien viele Veranstaltungsankündigungen so knapp gehalten, dass sie sich »dem weniger kundigen Beobachter aus dem tiefsten Westen kaum« erschließen (Heidi Behrens, Paul Ciupke, Norbert Reichling, a. a. O., S. 28). Im Grunde ist das aber ein strukturelles Problem, wie die Szene sich überhaupt mit dem Grundwiderspruch von Antragslyrik und Tagungsprosa herumschlägt.

Dass sich in der Fixierung auf das Thema »Stasi« Defizite der einschlägigen Bildungsarbeit zeigen, haben auch die Empfehlungen der Sabrow-Kommission angesprochen.<sup>13</sup> Die Empfehlungen setzten den Akzent auf die Aufarbeitung des DDR-Alltags, was zu einer Kontroverse über eine mögliche Verharmlosung der SED-Herrschaft führte. Von der Kommission wurde dagegen klar gestellt, dass hier die Befassung mit den alltäglichen Funktionsmechanismen des Systems gemeint ist, dessen Aufrechterhaltung nicht einfach mit dem Verweis auf den Überwachungsapparat erklärt werden könne. Ähnliche Überlegungen kamen bei einer Fachdebatte zur Sprache, die der »Runde Tisch der politischen Bildung«, das Konsultations- und Koordinationsgremium von Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) und Trägern der außerschulischen Bildungsarbeit, im ersten Halbjahr 2007 führte.<sup>14</sup> Der Debatte lag die Studie zur politischen Erwachsenenbildung des HU-Bildungswerks zu Grunde. Von Seiten des Bundesausschusses Politische Bildung (bap), in dem die bundesweit tätigen Bildungsträger zusammengeschlossen sind, wurde in diesem Zusammenhang betont, dass auch die Angebote der politischen Jugendbildung in den Blick zu nehmen seien, die in der Studie nur am Rande vorkommen.

### *Defizite und Desiderate*

Bei der Diskussion des Runden Tisches wurde der von der Erwachsenenbildungsstudie aufgezeigte Trend bestätigt. Hier zeigte sich aber auch wieder die Schwierigkeit, Wirklichkeit und Wirkungen der Bildungspraxis in der breit gefächerten Trägerlandschaft zu dokumentieren.<sup>15</sup> Hingewiesen wurde etwa darauf, dass die Frage nach den beiden deutschen Staaten in der Bildungsarbeit auch als ein Querschnittsthema behandelt wird. Historisch-politische Bildung greift das Thema etwa bei der Auseinandersetzung mit den großen welt-politischen und ideologischen Konfrontationen des 20. Jahrhunderts auf, ohne dass solche Veranstaltungen als DDR-Themen-Seminare ausgewiesen würden. Ein eindeutiges Defizit der Bildungsarbeit wurde von den beiden Autoren Paul Ciupke und Norbert Reichling benannt: Es findet so gut wie keine Auseinandersetzung mit dem Wirtschaftssystem der DDR statt. Dieses Ergebnis ist erstaunlich, denn der reale Sozialismus konstituierte sich ja immerhin als eine »Zentralverwaltungswirtschaft«, in deren politisch gesetzten Imperativen die SED-Herrschaft ihren Inhalt hatte – und nicht in der immer wieder unterstellten Zwecksetzung, Menschen zu unterdrücken und zu überwachen.

Folgt man der Studie, ergibt sich ein bemerkenswerter Befund: Der Kern des damaligen Weltgegensatzes ist kein Thema der politischen Bildung. Ausnahmen bestätigen die Regel. Am besten schneidet übrigens die Rosa-Luxemburg-Stiftung ab. Hier gebe es »nicht nur wegen der besonderen Intensität der Thematisierung eine viel breitere Betrachtung der DDR, sondern wohl auch wegen der insiderhaften Spezialkenntnisse und -interessen (...) In den Angeboten der RLS finden sich deutlich mehr Veranstaltungen als anderswo zu den Themengebieten ›Gesellschaft‹, ›Bildungspolitik‹ (...) Aber auch von den anderen Stiftungen völlig oder weitgehend vernachlässigte Aspekte wie Kalter Krieg, Außenpolitik (...) Opposition

oder die DDR-Entwicklung vom Herbst 1989 bis zum Herbst 1990 werden hier zum Gegenstand gemacht. Wenigstens auf der Oberfläche der Themen ergibt sich damit ein vielfältigeres Bild, von dessen Facettenreichtum die anderen Einrichtungen durchaus profitieren könnten.«<sup>16</sup> In einem Aufsatz von Heidi Behrens u. a.<sup>17</sup> heißt es: »Besonders intensiv und vielfältig (wiewohl partiell in einem gewissen Rechtfertigungstrotz befangen) scheint die Rosa-Luxemburg-Stiftung mit der DDR-Vergangenheit zu ringen.«

In der Aussprache des Runden Tisches wurde eine Reihe weiterer Punkte benannt, etwa die unterschiedlichen Bedingungen von Bildungseinrichtungen mit West- oder Ost-Standort, sich des Themas anzunehmen, aber auch die immer noch bestehenden (biographischen u. a.) Unterschiede beim Zugang zur jüngsten Zeitgeschichte. Angesprochen wurden die unterschiedlichen Blickwinkel der Generationen – ein Sachverhalt, der ebenso bei der ersten Vergangenheitsbewältigung der Nachkriegszeit eine Rolle spielte. Die damit aufgeworfenen Fragen konnten beim Runden Tisch nicht ausdiskutiert werden. Das Gremium kam bei seiner Mai-Sitzung noch einmal auf das DDR-Thema zurück. Doch wurde zunächst nur festgehalten, dass die Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte in der politischen Erwachsenenbildung wieder stärkeres Gewicht erhalten sollte. Dazu soll die didaktische Debatte fortgeführt werden, ein erstes Fortbildungsangebot ist in Vorbereitung,<sup>18</sup> und der für 2007 vereinbarte bpb-Förderschwerpunkt »DDR – die deutsche Teilung und ihre Überwindung« bleibt auch für das Jahr 2008 erhalten.

### *Was heißt hier Geschichtspolitik?*

Mehr öffentliche Aufmerksamkeit als die pädagogische Fachdebatte erhielt die Arbeit der nach dem Historiker Martin Sabrow benannten »Expertenkommission zur Schaffung eines Geschichtsverbundes ›Aufarbeitung der SED-Diktatur‹«. Sie konzentrierte sich vor allem auf die Rolle der Gedenkstätten; ihr Ziel war es, »im Zusammenwirken von Fachwissenschaft, Gedenkstättenarbeit und politischer Willensbildung das seit 1989/90 erarbeitete Niveau der öffentlichen Erinnerung an die DDR nachhaltig zu erhöhen.«<sup>19</sup> Sie verhandelte also explizit politische Bildung, obwohl sie zu den Organisationen und Gremien der außerschulischen politischen Bildung auf bemerkenswerte Distanz ging. Sie sah sich mehr als herausgehobenes Gremium, das einen politischen Auftrag erhielt (nämlich im Frühjahr 2005 noch von der rot-grünen Bundesbeauftragten für Kultur und Medien, Christina Weiss) und ihn qua Fachkompetenz abarbeitete, und weniger als eine Agentur der Zivilgesellschaft oder der breit gefächerten Infrastruktur »freier« Träger. In der Hauptsache ging es um die Konzeption eines förderungspolitischen Verbundsystems, das sich in die Kontinuität der staatlichen Gedenkstättenförderung stellt.

Die explizit betonte Kontinuität zu der seit 1989/90 »erarbeiteten« Erinnerungskultur verdient ebenfalls einen Rückblick. Nach der Vereinigung hat es ja einige Auseinandersetzungen um die (überlieferten und neu zu gründenden) Gedenkstätten gegeben. Der Historiker Hasko Zimmer hat das am Beispiel des Buchenwald-Konflikts aufgearbeitet,<sup>20</sup> also an dem auch in der Öffentlichkeit breiter regi-

16 Heidi Behrens, Paul Ciupke, Norbert Reichling, a. a. O., S. 28 f.

17 Ebenda, S. 290

18 Näheres siehe [www.bpb.de](http://www.bpb.de).

19 Wohin treibt die DDR-Erinnerung?, a. a. O., S. 41.

20 Hasko Zimmer: Der Buchenwald-Konflikt – Zum Streit um Geschichte und Erinnerung, Münster 1999.

strierten Unterfangen, den DDR-Antifaschismus abzuwickeln und dafür die DDR-Gedenkstätten zu renovieren. Die Verurteilung der real-sozialistischen Erinnerungskultur konzentrierte sich vor allem auf folgende Vorwürfe: Funktionalisierung und Instrumentalisierung für das drübeige Herrschaftssystem; Ideologisierung, Triumphalismus, Widerstands-Stilisierung und Ausschluss systemwidriger Elemente; Einseitigkeit und selektiver Charakter des zugrunde liegenden Faschismusbegriffs. Solche Vorwürfe sind nicht aus der Luft gegriffen, sie können sich z. B. auf das DDR-»Statut der Nationalen Mahn- und Gedenkstätten« von 1961 stützen (Auszüge sind bei Zimmer 1999 wiedergegeben), durch das die zunächst von den Häftlingsorganisationen getragene Gedenkstättenarbeit verstaatlicht wurde. Es fragt sich nur, von welchem Standpunkt aus diese Kritik erfolgt. Zur Verdeutlichung und zum Vergleich lassen sich etwa die Leitlinien über die Förderung von Gedenkstätten, die Staatsminister Michael Naumann 1999 vorlegte, heranziehen und anhand der oben genannten Kriterien beurteilen.<sup>21</sup> Dazu hier einige Hinweise.

21 Die Leitlinien sind abgedruckt in: Praxis Politische Bildung, 4/1999, S. 310 ff. Seit dem Sommer 2007 liegt übrigens der Entwurf zu einem neuen Gedenkstättenkonzept von Kulturstaatsminister Neumann vor (vgl. »Die Neuordnung der Aufarbeitung« in: FAZ, 6. 7. 07).

Als einen »Eckpunkt« der Gedenkstättenarbeit nennt Naumann: »Die Erinnerung an die NS-Terrorherrschaft, an Stalinismus und SED-Diktatur sowie das Gedenken an deren Opfer ebenso wie an Opposition und Widerstand gegen die Diktaturen festigen das Bewusstsein für Freiheit, Recht und Demokratie und den antitotalitären Konsens in Deutschland.« Erstens fällt hier die ungeschminkte Instrumentalisierung und Funktionalisierung des Gedenkens auf. Es ist explizit keine rückwärts gerichtete Tätigkeit, die sich auf die Vergangenheit, etwa auf die Anteilnahme am Schicksal der Opfer oder eine kognitive Leistung richtet, sondern steht im Dienst einer »Festigung« des im neuen Deutschland gültigen Herrschaftssystems, der westlichen Demokratie, die an die Stelle der östlichen »Volksdemokratie« getreten ist. Speziell sollen »Freiheit und Recht« im Bewusstsein der Adressaten verankert werden, womit natürlich nicht die Handlungsfreiheit einer SED oder das rassistische Recht eines NS-Staates gemeint sind, sondern das im heutigen System Gültige und ihm allein Zuzurechnende. Freiheit und Recht benennen das Lernziel der historischen Erinnerung in Kurzform: Legitimationsbeschaffung für die heutige politische Ordnung, Delegitimierung alternativer Systeme, die unter der Signatur »Unfreiheit & Unrecht« abgelegt sind. Inwieweit diese negativen Bestimmungen etwas Charakteristisches über die beiden, zudem noch höchst unterschiedlichen Systeme aussagen, interessiert nicht. Das Wesentliche ist, dass sich die Adressaten der Gedenkstättenpädagogik bei der benannten Frontstellung auf der richtigen Seite einordnen.

Diese Aufgabe wird – zweitens – mit einer einseitigen, selektiven und ideologischen Konstruktion verbunden, mit der offiziellen Erhebung der seit den 70er Jahren im wissenschaftlichen Diskurs eher randständigen und seit der Wende wieder aufgelebten Totalitarismustheorie zum wissenschaftlichen Paradigma. Das ist ein bemerkenswerter wissenschaftspolitischer Akt – nach seiner formellen Seite betrachtet. Es wird ein »antitotalitärer Konsens« als maßgebliche Weltanschauung gesetzt, die andere Positionen als dissident ausgrenzt. Vom Inhalt her gesehen ist es eine explizite Vereinseitigung. Die Vertreter der Totalitarismustheorie haben unter sich Einigkeit

hergestellt, dass sich wegen der Ähnlichkeit politischer Strukturmerkmale (über deren Zahl und Beschaffenheit dann gestritten wird) zwischen faschistischer und realsozialistischer Herrschaft eine Gleichsetzung vornehmen lässt. Man geht dabei selektiv vor, denn diese Analogiebildung wird nicht auf die demokratischen Systeme übertragen (mit Ausnahme einer exzentrischen Verwendung des Totalitarismusbegriffs, wie sie etwa in der Tradition Adornos steht), obwohl dazu angesichts des manipulativen Selbstverständnisses der Mediendemokratie, des dort wuchernden Personenkults oder des vorgetäuschten Programmpluralismus der Parteien nach der Logik der einschlägigen Merkmalslisten genug Anlass bestünde.

Bei den jeweiligen Untersuchungsobjekten wird wiederum einseitig verfahren: Die politisch-formalen Ähnlichkeiten werden hervorgehoben, die inhaltlichen Unterschiede vernachlässigt. Einzelne Bereiche wie etwa die Rolle der Wirtschaft werden eher ausgeblendet. Dies entspricht einem ideologischen Konsens, der in der alten Bundesrepublik so nachhaltig wirkte, dass 50 Jahre nach dem Ende des Dritten Reichs das überraschte deutsche Publikum mit den Sünden und Versäumnissen der Wirtschaft, z. B. mit dem Geständnis der Deutschen Bank über ihr Engagement in Auschwitz, konfrontiert wurde. Entsprechende Fakten wurden in der westdeutschen Vergangenheitsbewältigung gerne unterdrückt. Das Buch des DDR-Historikers Eberhard Czichon über den Bankier Abs<sup>22</sup> wurde verboten, der OMGUS-Bericht<sup>23</sup> über die Deutsche Bank fand jahrelang keinen Verleger, weil ein entsprechender politisch-wirtschaftlicher Druck dafür sorgte. Als ideologische Rechtfertigung für solche »Vernachlässigungen« fungierte die Totalitarismustheorie, die mit ihrer anti-kommunistischen Stoßrichtung als explizite Herrschaftswissenschaft diente und den Ökonomismus der Dimitroff-Theorie mit einem kongenialen politischen Formalismus konterte.

Dass die Totalitarismus-Doktrin wieder auflebt, drückt ein definitives Siegerbewusstsein der bundesdeutschen Demokratie aus – eine Stilisierung und Erhöhung, die sich mit dem antifaschistischen Siegesstolz der SED, auf der Seite des Fortschritts zu stehen, durchaus messen kann. Der Rechtsnachfolger des Dritten Reichs, der sich durch die antifaschistische Gründungsideologie seines staatlichen Gegenspielers immer herausgefordert sah, setzt nun, nachdem der Konkurrent Schiffbruch erlitten hat, seinen ehemaligen Gegner mit der barbarischen Vorgeschichte gleich. NS und DDR sind unterm Blickwinkel des staatlich geförderten Geschichtsbewusstseins ein und dasselbe. Anders formuliert: Es wird nur deshalb und so gefördert, dass dieses Bewusstsein entsteht und Systemwidriges (z. B. das Erbe bzw. Ansehen des DDR-Antifaschismus) eliminiert wird – eine politische Instrumentalisierung, die unschwer zu erkennen und auch in anderen Bereichen anzutreffen ist. Und die gerade von der Sabrow-Kommission nicht revidiert worden ist.

Insofern stellt sich die Frage, was die Kommission damit meint, dass ihre Empfehlungen »neue Maßstäbe für eine plurale und multiperspektivische Aufarbeitung der deutschen Geschichte im ›Jahrhundert der Extreme‹ setzen« könnte.<sup>24</sup> Die HU-Autoren haben sich in den abschließenden Bemerkungen ihrer Studie deutlicher geäußert: Es müsse »alles, was gesellschaftlich kontrovers ist in der Be-

22 Eberhard Czichon: Die Bank und die Macht – Hermann Josef Abs, die Deutsche Bank und die Politik, Köln 1995; zuvor bereits: Derselbe: Der Bankier und die Macht: Hermann Josef Abs in der deutschen Politik, Köln 1970. Die ursprüngliche Version des Buches des DDR-Wissenschaftlers war 1969 in Berlin (DDR) unter dem Titel »Hermann Josef Abs: Porträt eines Kreuzritters des Kapitals« erschienen.

23 OMGUS (Office of Military Government for Germany, United States): Ermittlungen gegen die Deutsche Bank 1946/47, Nördlingen 1985.

24 Wohin treibt die DDR-Erinnerung?, a. a. O., S. 41.

25 Heidi Behrens, Paul Ciupke, Norbert Reichling, a. a. O., S. 82 f.

urteilung der DDR, auch in den Veranstaltungen offen diskutierbar bleiben«, wobei explizit »die Suche nach ›legitimen Elementen‹ oder ›unschuldigen Phasen‹ des DDR-Sozialismus« eingeschlossen sind.<sup>25</sup> Das beißt sich gewiss mit dem staatlichen Auftrag, was die Autoren auch in einer Einerseits-Andererseits-Reflexion anklingen lassen. Aber das muss die außerschulische Bildung in der Praxis eben austesten, wie weit sie als zivilgesellschaftliches Forum gehen kann, darf und will.

26 Wohin treibt die DDR-Erinnerung?, a. a. O., S. 392.

Bei der Sabrow-Kommission liest sich das anders. Ihr Vorsitzender hat im Grunde die Abdankung der Geschichtswissenschaft als Gegenspieler von Geschichtspolitik formuliert: »Wer in geschichtspolitischen Beratungsgremien eine Hegemonie der forschenden Wissenschaft fordert, ist sich nicht darüber im Klaren, dass die akademische Zeithistorie längst nicht mehr auf ihre Vorrangstellung in geschichtspolitischen Debatten pochen kann.«<sup>26</sup> Sie erbringt die wissenschaftlichen Erkenntnisse, nur bestimmen darf sie damit nichts. Sie muss sich in ein Konzert einfügen, in dem viele mitspielen. Der Staat beruft und bezahlt hier zwar die Dirigenten oder Mitspieler, aber irgendwie soll seine Rolle ganz unbedeutend sein: »Von wenigen eklatanten Ausnahmen abgesehen, steht staatliches Handeln heute nicht mehr im Ruch, dezidiert eigene geschichtspolitische Ziele zu verfolgen.«<sup>27</sup>

27 Ebenda, S. 393.

Angesichts solch vornehmer Zurückhaltung der Wissenschaft, die weder in der politischen Auftragslage noch bei der Zuteilung oder Verweigerung von Fördermitteln einen üblen Geruch entdecken mag, ist einiges für die Erinnerungskultur der nächsten Jahre zu erwarten. Wenn die Wissenschaftler dann beiseite treten und an den anfallenden Gedenktagen der Hegemonie des geschichtspolitischen Zeitgeistes das Feld überlassen, wird mit Sicherheit wieder kräftig auf die Pauke gehauen – und dann geht's humba humba...